

Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen

Mit den Beilagen: Für unsere Mütter und Hausfrauen und Für unsere Kinder

Die Gleichheit erscheint alle vierzehn Tage einmal.
Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post vierteljährlich
ohne Bestellgeld 55 Pfennig; unter Kreuzband 85 Pfennig.
Jahres-Abonnement 2,60 Mark.

Stuttgart
21. Juni 1909

Zuschriften an die Redaktion der Gleichheit
sind zu richten an Frau Klara Jettin (Zunbei), Wilhelmshöhe,
Postweg 10 bei Stuttgart. Die Expedition befindet sich
in Stuttgart, Furtach-Strasse 12.

Inhaltsverzeichnis.

Die Krankenversicherung der Heimarbeiterinnen, Landarbeiterinnen und Dienstboten in der Reichsversicherungsordnung. Von Luise Zieg. — Heime für Textilarbeiterinnen. Von Martha Hoppe. — Die Steuerreform der Junker und der Kirche. Von H. B. — Der Londoner Kongress des Weltbundes für Frauensimmrecht. (Schluß.) — Heimarbeiterelend in der Puppenindustrie. Von Eise Well. — Die Proletarier der Giftdörfer rühren sich. Von ed. Aus der Bewegung: Ernst Deinhardt † — Von der Agitation. — Bericht der Dresdener Kinderschulskommission. — Politische Rundschau. Von H. B. — Gewerkschaftliche Rundschau.
Notizenteil: Dienstbotenfrage. — Kinderarbeit. — Kellnerinnenfrage. — Frauenbewegung. — Verschiedenes.

Die Krankenversicherung der Heimarbeiterinnen, Landarbeiterinnen und Dienstboten in der Reichsversicherungsordnung.

Wir haben in früheren Nummern der „Gleichheit“ bereits hervorgehoben, daß der Entwurf der Reichsversicherungsordnung die Einbeziehung der Hausgewerbetreibenden und Heimarbeiter, der Landarbeiter und Dienstboten in die Krankenversicherungspflicht vorsteht. Damit wird endlich eine alte sozialdemokratische Forderung erfüllt, die bereits bei der Schaffung des Krankenversicherungsgesetzes mit allem Nachdruck von unseren Abgeordneten vertreten worden ist.

Leider fordert die Art der Durchführung, wie sie der Entwurf vorschlägt, unseren schärfsten Protest heraus: Zunächst wird durch eine Reihe von Bestimmungen das Obligatorium der Versicherung durchbrochen, ferner sollen die drei genannten Arbeiterkategorien — und außer ihnen noch die unabhängigen Arbeiter und Arbeiterinnen sowie die im Wanderhandwerk Beschäftigten — nicht den Ortskrankenkassen, sondern neuzugründenden **Landkrankenkassen ohne Selbstverwaltungsrecht** unterstellt werden. Vorstand und Ausschuß, die in den Landkrankenkassen die Verwaltung ausüben, sollen von den Kommunalverbänden ernannt, nicht von den Mitgliedern gewählt werden. Der Ausschuß tritt an die Stelle der Generalversammlung, er muß je zur Hälfte aus Arbeitern oder Arbeiterinnen und Arbeitgebern bestehen, er braucht jedoch keineswegs unter allen Umständen zu existieren. Durch statutarische Bestimmung kann von seiner Ernennung Abstand genommen werden, und nur in diesem Falle muß die Hälfte der ernannten Vorstandsmitglieder aus Arbeitervertretern bestehen. Man sieht: die Selbstverwaltung ist hier völlig vernichtet, die Versicherten sind lediglich Objekt der Gesetzgebung.

Eine schwere ideelle und materielle Benachteiligung der Versicherten muß die Folge davon sein. Erklärlich genug: Alle drei genannten Arbeiterkategorien sind wirtschaftlich und sozial am schlechtesten gestellt. Bei Landarbeitern und Dienstboten kommt außerdem noch ihre ausnahmerechtliche Stellung hinzu, wodurch sie zum Paria innerhalb der Arbeiterklasse degradiert werden. Die Landarbeiter, Dienstboten und Heimarbeiter haben das eine gemeinsam, freilich aus ganz verschiedenen Gründen,

daß zu ihrer materiellen Not die soziale Vereinfachung und die geistige Not, ja sogar die intellektuelle Verödung kommt. Was dem Leben des industriellen Arbeiters, der Arbeiterin Inhalt gibt, was sie geistig und sittlich emporhebt: die Beteiligung in der Arbeiterbewegung, das Erkennen der Zusammenhänge und der Entwicklungsgesetze des Wirtschaftslebens der Völker, die bewußte Einwirkung auf sie durch solidarisches Empfinden, Wollen und Handeln, die Teilnahme an der Schaffung, dem Aufbau und der Verwaltung der eigenen Organisation: das alles fehlt dem Landarbeiter, der Arbeiterin fast vollständig, ganz zu schweigen von allen sonstigen geistigen Anregungen, die das Stadtleben mit sich bringt. Die rechtliche Gebundenheit, die Vereinzelung und der Mangel an Freizeit haben auch den Dienstboten der Städte diesen Lebensinhalt bisher geraubt. Erst in der jüngsten Zeit beginnt die Dienstbotenbewegung hierin Wandel zu schaffen.

Aber auch die industriell tätigen Heimarbeiter und Heimarbeiterinnen sind durch den ungemein hohen Grad kapitalistischer Ausbeutung, der ihnen Hirn und Knochen gleichermaßen zermürbt, sowie durch ihre Isolierung größtenteils um die geistig-sittlichen sowie um die wirtschaftlichen Vorteile der Arbeiterbewegung gekommen. In der Teilnahme an der Verwaltung der Krankenkassen wäre nun — wenn auch nur in winzigem Maße — die Möglichkeit einer sozialen Betätigung für sie gegeben. Damit hätte ihr Leben ein Stück höheren Inhalt erhalten, und es würde auch zweifellos ihr Selbstbewußtsein geweckt haben, wenn die Leitung und Regelung ihrer Angelegenheit ihnen selbst überlassen wäre.

Die Ausübung der Selbstverwaltung bedeutet für die Versicherten aber auch gleichzeitig ein Stück Macht, indem sie damit die Möglichkeit erlangen, durch Statutenänderungen die Leistungen der Kasse zu erhöhen und so die Kranken-, Wöchnerinnen- und Schwangerenfürsorge für die Mitglieder und ihre Familien erweitern und verbessern zu können. Bei aufmerksamer Durchsicht des Entwurfes und seiner Begründung kommt man zu der Überzeugung, daß just um deswillen die Regierung die genannten Arbeiterkategorien von der Selbstverwaltung ausschließt. Soweit die Dienstboten in Frage kommen, ist es in den Motiven ausdrücklich betont worden. Es heißt wörtlich:

„Endlich beugt der Entwurf den Unzuträglichkeiten, die hier und da aus der gemeinsamen Teilnahme von Herrschaft und Gesinde an der Kassenverwaltung besorgt werden, dadurch vor, daß er die Überweisung der Dienstboten an die von ihm geplanten Landkrankenkassen als Regel vorsteht.“

Das Obligatorium der Versicherung wird durchbrochen, indem die §§ 205 und 503 für die Landarbeiter und -arbeiterinnen bestimmen, daß auf Antrag des Arbeitgebers die Befreiung von der Versicherungspflicht erfolgen kann, sofern die Arbeitsfähigkeit dauernd beschränkt ist, oder sofern die Versicherten bei Erkrankungen einen Rechtsanspruch auf gleiche Leistungen, wie sie die Kasse gewährt, an ihren Arbeitgeber haben.

Für die Dienstboten bestimmen die §§ 528 und 529, daß die Landesregierung sie von der Versicherungspflicht befreien kann,

wenn im Krankheitsfall durch andere Einrichtungen, die bereits bestehen, in gleichem Umfang wie durch die Krankenkassen für sie gesorgt ist.

Auf den ersten Blick könnte man meinen, daß durch diese Bestimmungen die Landarbeiter und Dienstboten nicht benachteiligt werden. Einmal wird jedoch durch die Mannigfaltigkeit der Krankenfürsorge die Rechtsunsicherheit, die heute für diese Schichten Ausgebeuteter besteht, aufrechterhalten, und vor allem wird durch diese künstlich aufrechterhaltene Zersplitterung der Fürsorge die Leistungsfähigkeit der Krankenkassen stark beeinträchtigt. Die Leistungen der Landkrankenkassen sind aber ohnehin sehr niedrig bemessen. Während für die Ortskrankenkassen der durchschnittliche Taglohn als Grundbetrag festgesetzt ist, nach dem die Höhe des Krankengeldes und die sonstigen Hauptleistungen zu bemessen sind, ist in den Landkrankenkassen der Ortslohn genommen. Ganz zweifellos ist das eine außerordentliche Verschlechterung, da, wie allgemein bekannt, die Ortslöhne sowohl für Dienstboten als auch für Land- und Heimarbeiter ungemein niedrig sind. Den Dienstboten kann zudem der für die Krankheitsdauer zu zahlende Lohn um die Höhe des Krankengeldes gekürzt werden. Die Dienstboten, die Stundenlöhne von 2, 5, 6 Pf. haben, könnten auch sonst zu „üppig“ werden!

Bei Erkrankungen der Dienstboten tritt Krankenhausbehandlung erst auf Antrag der Herrschaften ein, es sei denn, daß die Krankheit ansteckend ist oder so schwer, daß die Krankenhausbehandlung sich deswegen ohne weiteres notwendig macht. Bei den Landarbeitern und Arbeiterinnen kann auf Antrag der Unternehmer der Beitrag auf die Hälfte erniedrigt werden, wenn der Arbeitsvertrag auf ein Jahr gilt und Naturalleistungen im dreihundertfachen Betrag des gesetzlichen Krankengeldes gewährt werden; dann aber fällt das Krankengeld fort (§ 504 des Entwurfes). Das Statut kann ferner das Krankengeld für die Zeit vom 1. Oktober bis 31. März oder für einen Teil dieser Zeit bis auf ein Viertel des Ortslohnes herabsetzen! (§ 509.) Und was nach § 504 und 509 für das Krankengeld gilt, gilt auch für die Angehörigen, Schwangeren und Wöchnerinnenunterstützung! Erhalten die Landarbeiter auf Grund der Reichsversicherung eine Rente (Unfall-, Invaliden- oder Altersrente), fällt das Krankengeld ganz fort.

In den Motiven heißt es über diese Bestimmungen:

„Die Sondervorschriften werden an der Hand praktischer Erfahrungen noch ergänzt durch Gewährung der Möglichkeit einer verschiedenartigen Bemessung des Krankengeldes für die ohnedies arbeitslose Zeit der Saisonunterbrechung, sowie einer Rücknahme auf anderweitige Bezüge aus der Reichsversicherung.“

So sollen die ohnehin minimalen Leistungen der Landkrankenkassen eventuell noch mehr erniedrigt werden, nur um die Agrarier zu entlasten, denen bei Herabsetzung der Kassenleistung die Beiträge ermäßigt werden. Wie erbärmlich gering in den besprochenen Fällen die Kassenleistungen sind, kann man erst ermessen, wenn man sich vergegenwärtigt, daß es zahlreiche Landarbeiter und Arbeiterinnen gibt, die noch Ortslöhne von 60 bis 80 Pf. pro Tag haben. In solchen Fällen würden also die Erkrankten bei der vorgesehenen statutarischen Ermäßigung des Krankengeldes auf ein Viertel des Ortslohnes ganze 15 bis 20 Pf. pro Tag erhalten. Das gleiche würde eine Schwangere oder Wöchnerin bekommen! Daß bei einer solchen „Fürsorge“ die Schwangere oder Wöchnerin sich keine Pflegerin halten und sich nicht das Material zur Pflege beschaffen kann, liegt auf der Hand. So wird es, sollte der Entwurf Gesetzeskraft erlangen, in bezug auf die Wöchnerinnenfürsorge der Landarbeiterinnen beim alten bleiben, und die furchtbare Vernichtung von Leben und Gesundheit der Arbeiterkinder und -mütter dauert fort!

Ähnlich liegt es mit den Kranken, denen das Krankengeld in der angegebenen Weise gekürzt wird. Just in den Wintermonaten, wo die Ausgaben für Heizung, Beleuchtung, Kleidung steigen, soll die Kürzung gestattet sein. Zudem soll während der Krankheit des Versicherten doch nicht nur dieser sowie seine

Familie leben, sondern der Kranke soll auch gepflegt werden. Wie zum Hohne wird in den Motiven darauf verwiesen, daß die Kürzung für die arbeitslose Zeit gestattet sei. Die Regierung scheint also der Meinung zu sein, bei den Landarbeitern wäre das Hungern während dieser Zeit schon so zur Gewohnheit geworden, daß sie weder zum Leben noch zur Pflege Nennenswertes brauchen.

Die Heimarbeiter und Hausgewerbetreibenden haben wiederum über ein anderes Unrecht zu klagen. Die Hausgewerbetreibenden sollen die Hälfte der notwendigen Beiträge zahlen, beschäftigen sie ihrerseits Arbeiter oder Arbeiterinnen, so haben diese von der Hälfte die Hälfte, also ein Viertel der notwendigen Beiträge zu leisten, die andere Hälfte beziehungsweise das zweite Viertel die Hausgewerbetreibenden. Die Arbeitgeber jedoch, in deren Auftrag die Hausgewerbetreibenden und Heimarbeiter beschäftigt werden, zahlen nicht wie die Arbeitgeber zu den Ortskrankenkassen einen bestimmten Wochenbeitrag für jeden Versicherten. Als Krankenkassenbeitrag haben sie vielmehr für sämtliche in ihrem Dienst Tätigen 2 Prozent von den an sie gezahlten Löhnen zu entrichten, abzüglich der Summen, die als Rückerstattung für verausgabte Roh- und Hilfsstoffe anzusehen sind. Nach der Höhe der geleisteten Arbeitgeberbeiträge und ihrem Verhältnis zu den Arbeitnehmerbeiträgen wird das Krankengeld bemessen. Das Statut bestimmt die Beiträge der Hausgewerbetreibenden und der von ihnen beschäftigten Personen, sowie die Leistungen der Kasse. Es kann auch festlegen, daß den Hausgewerbetreibenden das Krankengeld zu kürzen oder einzubehalten ist, sofern sie mit ihren Beiträgen im Rückstand sind, daselbe gilt nach § 579 und 580 für die Wöchnerinnenunterstützung.

§ 584 besagt, daß durch Statut des zuständigen Kommunalverbandes die Hausgewerbetreibenden von den Beiträgen befreit werden können. In diesem Falle kann aber auch durch Statut bestimmt werden, daß im Erkrankungsfall nur freie Krankenpflege, also kein Krankengeld gewährt wird. Und in den Motiven lesen wir in bezug auf diese Bestimmungen, „daß in manchen Bezirken und Zweigen der hausindustriellen Tätigkeit das aus ihr erzielte Entgelt so niedrig sei, daß ohne schwere Beeinträchtigung ihrer ohnedies karglichen Lebenshaltung die Hausgewerbetreibenden nicht in der Lage sein würden, die regelmäßigen Beiträge zu zahlen“. Und ferner heißt es: „daß die Arbeitgeber nicht um der Hausgewerbetreibenden willen diese Betriebsart eingeführt hätten, sondern weil sie dabei besser auf ihre Rechnung kämen. . .“ Das stimmt! Wir meinen, auch die Regierung müßte die notwendigen Konsequenzen aus diesen Tatsachen ziehen und in weit höherem Maße die Arbeitgeber zu den Leistungen heranziehen, oder richtiger: diesen allein die Kosten der Krankenversicherung auferlegen, da sie es doppelt und dreifach bei ihrer Ausbeutung der Arbeiter erübrigen. Hausindustrielle und Heimarbeiter müßten aber im Krankheitsfalle derselben Fürsorge teilhaftig werden wie die übrige industrielle Arbeiterschaft, denn in ihrer gedrückten wirtschaftlichen Lage bedürfen sie deren doppelt. Statt dessen drückt der Entwurf die Kranken- und Wöchnerinnenfürsorge auf das schäbige Maß der Armenunterstützung herab!

So atmet das ganze Nachwerk unsozialen, ja reaktionären Geist. Die genannten Arbeiterkategorien, die so lange auf ihre Einbeziehung in die Krankenversicherung haben warten müssen, sollen auch fernerhin noch als Stiefkinder behandelt werden. Es wird noch harter Kämpfe seitens der organisierten Arbeiterschaft bedürfen, soll die Reichsversicherung auch nur annähernd unsere berechtigten Forderungen erfüllen. Luise Bieh.

Heime für Textilarbeiterinnen.

Von Martha Hoppe-Berlin.

Die sogenannten Wohlfahrts-Einrichtungen für Arbeiter, wie wir sie gemeinlich kennen, sind echte und rechte Kinder der kapitalistischen Produktionsweise oder genauer gesagt: der kapitalistischen Profitgier. Sie lassen neue Bedürfnisse großer Volks-

schichten erkennen und enthalten unfreiwillig das Eingeständnis, daß dank der Ausbeutung diese Schichten trotz fleißiger, ja harter Arbeit den Anforderungen der Existenz nicht gerecht zu werden vermögen. Sie prahlen mit dem Schein, den arbeitenden Massen zu dienen, in Wirklichkeit aber frommen sie in erster Linie den Unternehmerinteressen. Unter diesen Wohlfahrts-Einrichtungen nehmen die Arbeiterinnenheime in der Textilindustrie einen hervorragenden Platz ein. Ihr Name besagt, daß sie das Elternhaus den Mädchen ersetzen sollen, die fern von der Heimat in der Fabrik schaffen. Wer diese Heime aber genau kennt, der weiß, daß dem nicht so ist. Hauptzweck der Einrichtung ist, unerfahrene Arbeiterinnen billig an einen Betrieb zu fesseln, sie in der größten Abhängigkeit von ihm zu halten und sie nicht zum Bewußtsein ihrer erbärmlichen Lage kommen zu lassen, damit aber auch nicht zur Erkenntnis der Notwendigkeit, sie durch vereinte Kraft zu bessern.

Wäre es anders und würde in der Folge nicht auch die Lage der gesamten Arbeiterschaft ungünstig beeinflusst, so könnte man gegen die Arbeiterinnenheime im allgemeinen nicht allzuviel einwenden. Wie die Arbeiterwohnungen überhaupt entsprechen sie einem tatsächlich vorhandenen Bedürfnis, das mit der schnellen Entwicklung der Textilindustrie entstanden ist. Als die Technik mit der Erfindung der wundervollsten Maschinen für die Textilindustrie Triumphe feierte, ging die Industrialisierung großer Bevölkerungsschichten mit Riesenschritten vor sich. Fabriken entstanden, die Tausenden Arbeit geben konnten. Die ortsansässigen Leute reichten nicht aus, um sie voll in Gang zu halten. Aus der weiteren Umgebung mußten Arbeitskräfte herangezogen werden, später kamen die Zeiten, wo solche als Lohnbrücker aus dem Ausland geholt wurden. Es fehlte an Unterkunft für die zuströmenden Proletariermassen. Wollten die Unternehmer sie haben und halten, so mußten sie bedacht sein, ihnen Wohnung zu schaffen. In der Nähe der Fabriken schossen ganze Arbeiterviertel, wahre Arbeiterstädte wie die Pilze aus der Erde, und sie wuchsen in dem Maße, als die Industrie sich ausdehnt. Die Geschmacklosigkeit und Einförmigkeit solcher Anlagen steht fast stets in schreiendem Gegensatz zu den schönen, luxuriösen Villen der Unternehmer. Jeder Ortsfremde kann sofort erkennen, wo die hausen, denen die eigene Arbeit zum Fluch wird, und wo jene wohnen, welche von der Arbeit anderer mit Segen überschüttet werden. Arbeiterquartiere und Arbeiterinnenheime für die Lohnsklaven der Textilindustrie finden wir besonders dort, wo viele Arbeitskräfte während der Woche nicht täglich zum Heim zurückkehren können, ferner wo große Massen ausländischer Proletarier verwendet werden, vor allem aber auch dort, wo der Klerikalismus sich eifrig bemüht, seinen verdummenden Einfluß auf die Arbeiterschaft zu bewahren. So in den Bezirken der Seidenweberei des Rheintales und des badischen Wiesentales, der Wollkammerei und Juteindustrie in Blumenthal, Begeack, Braunschweig, Delmenhorst, Bremen.

Die Bedeutung der weiblichen Arbeitskraft als billiger, williger und geschickter Arbeitskraft wurde von den Textilbaronen von Anfang an erkannt. Neben den Arbeiterwohnungen wurden daher fast überall auch Arbeiterinnenheime errichtet. Kirche und Unternehmertum sind immer durch die innigste Interessengemeinschaft miteinander verbunden gewesen. Kein Wunder daher, daß die frommen Diener Christi sich die Gelegenheit nicht entgehen ließen, die Fabrikanten in ihrer Fürsorge für Arbeiterinnenheime tatkräftig zu unterstützen. Da die Frommen im Lande außerdem gute Rechner und Geschäftsleute zu sein pflegen, brauchten die Unternehmer nicht einmal überall für eigene Rechnung Heime zu erbauen, Schwestern-Gesellschaften und andere fromme Wohltätigkeitsanstalten entboten sie der Notwendigkeit. Sie errichteten verschieden firmierende Hospize und Heime, an welche die Unternehmer dann einen Jahresbeitrag entrichten, der meist nur gering ist. Dafür haben die Herren nicht nur den Nutzen, sondern erwerben obendrein die Gloriole der „Wohltäter“, die auf das Beste ihrer Arbeiterinnen bedacht sind. Die Leitung der Anstalten überlassen sie ruhig den „guten Schwestern“, die verständnisvoll dafür sorgen, daß die Arbeiterinnen bescheiden und demütig bleiben und sich

in harter Arbeit unter Entbehrungen auf die Freuden des verheißenen Jenseits würdig vorbereiten. So ist es besonders im frommen Rheinland die Praxis.

Die einschlägigen Verhältnisse in Aachen sind ein sprechender Beweis dafür. Hier arbeiten in den Textilfabriken ganze Scharen von Arbeiterinnen, die weit draußen auf dem Lande daheim sind und nicht täglich nach Feierabend dorthin zurückkehren können. Häufig kommt es noch vor, daß den Mädchen Schlafgelegenheit in der Fabrik geboten wird, für die sie die Nacht 15 bis 20 Pf. zahlen müssen. Einzelne Firmen haben auch Privatwohnhäuser für solche Arbeiterinnen errichtet, die nur Sonntags nach Hause fahren. Weit zahlreicher sind aber die Anstalten, die ein frommes Aushängeschild tragen, von der privaten Wohltätigkeit unterstützt werden, gleichzeitig sich aber zu recht einträglichen geschäftlichen Unternehmungen entwickelt haben. Mir liegen vier Jahresberichte von Arbeiterinnenheimen respektive Hospizen in Aachen vor. Sie enthalten nicht bloß Angaben über die Frequenz ihrer einzelnen Abteilungen, Küchen usw., sondern nutzen auch die Gelegenheit zu einer kräftigen Reklame für sich aus. Selbstgefällig zählen sie alles auf, was sie den Arbeiterinnen bieten. Die Abrechnungen erbringen jedoch den Beweis, daß diese Wohltätigkeitsanstalten, in die die Arbeiterinnen mehr oder weniger hineingezwungen werden, sich außerordentlich gut rentieren. Trotzdem klagt das Marienhospiz für Fabrikarbeiterinnen in Aachen darüber, daß 10 bis 15 Schlafstellen unbenuzt geblieben sind, da infolge günstiger Bahnverbindung Arbeiterinnen abends zu ihrer Familie zurückkehren könnten, die früher werktags in der Stadt nächtigen und eine Schlafstelle im Marienhospiz mit 60 Pf. pro Woche bezahlen mußten. Die sogenannten „Hauskinder“ der Anstalt entrichten für Schlafstelle, Kost und Wäsche 90 Pf. pro Tag. Daß das Hospiz nicht voll besetzt ist, scheint die Annahme zu rechtfertigen, daß — von der vorerwähnten Bahnverbindung abgesehen — die Arbeiterinnen selbst die Heime nicht so verlockend finden, wie sie geschildert werden. Das begreift sich, wenn man im Bericht des Arbeiterinnenhospizes Aachen liest, daß Hunderte Gebrauchsgegenstände von den jungen Mädchen — „Kinder“ der Anstalt genannt — in den Feierstunden und im Sonntagsverein angefertigt wurden. Diese „Kinder“, heißt es im Bericht, welche von Montag bis Samstag in unserer Anstalt wohnen, finden hier Ersatz für das Elternhaus, das sie im Laufe der Woche entbehren müssen. Sie finden liebevolle Aufnahme und sind geschützt gegen die vielen Gefahren, welche jungen Mädchen in den sogenannten Kosthäusern der Stadt drohen.

Kirchenbesuch, Arbeit und Sparsamkeit scheinen die Mittel zu sein, die „Kinder“ des Hospizes vor diesen Gefahren zu schützen. Im Bericht lesen wir nämlich: „Alle Kinder wohnten der Andacht mit Predigt bei, und von 226 Kindern, darunter 202 Fabrikarbeiterinnen, wurden im letzten Jahre 2118 Mk. gespart.“ Diese Summe ist Blendwerk! Wie kläglich würde sich auch im Bericht die Angabe ausnehmen, daß im Durchschnitt jede der 226 Arbeiterinnen pro Woche 18 Pf. gespart hat. Und doch ist es so. Teilt man die stolzen 2118 Mk. durch 226, so ergibt sich, daß pro Person nur etwas über 9 Mk. im Jahr oder 18 Pf. in der Woche übrig bleibt wurde. Und auch diese Pfennige konnten nur erspart werden, wenn die Arbeiterinnen sogar auf die allerbescheidensten Anregungen oder Zerstreungen verzichteten. In Aachen herrscht die Textilindustrie vor, und die meisten der „Kinder“ des Hospizes sind Textilarbeiterinnen, von denen eine allzu große Zahl nur 10 Mk. die Woche, ja noch weniger verdient. Bei den teuren Lebensbedürfnissen in der Stadt scheint es mehr als zweifelhaft, daß Arbeiterinnen mit 10 Mk. Einkommen wöchentlich eine kulturwürdige Existenz zu führen vermögen. Ihre Lebenshaltung muß Not leiden. Wie es aber jungen Arbeiterinnen möglich sein soll, von den niedrigen Löhnen noch zu sparen, wird wohl für immer das Geheimnis der leitenden Schwestern im Hospiz bleiben. Die paradierenden 2118 Mk. des 27. Jahresberichts geben der staunenden Welt Kunde, wie unverschämt begehrt doch die Arbeiterinnen

wären, wenn sie höhere Löhne fordern würden. Die Unternehmer aber können aus ihr das tröstliche Bewußtsein schöpfen, daß auch die anderen Arbeiterinnen zu sparen vermöchten, wenn sie nur wollten. Unbeschwert durch irgendwelche Strupel werden sie weiter ihre Millionen mehren, indem sie weibliche Arbeitskraft besonders niedrig entlohnen und damit reicheren Mehrwert, unbezahlte Arbeitsleistung einsäckeln.

Lebensfreude, die das graue Einerlei des Daseins einer Arbeiterin erträglicher machen könnte, gehört nach der Ansicht der frommen Schwestern auch zu den Gefahren, vor denen junge Mädchen geschützt werden müssen. Daher haben die beiden erwähnten Hospize in den Karnevalstagen heilige Exerzitien abgehalten. Dem Marienhospiz gelang es, in der Stille seiner Mauern 40 jungen Mädchen die gefährdrohenden Tage so angenehm als möglich zu machen, wofür die Schützlinge 80 Pf. täglich zu bezahlen hatten. Das Arbeiterinnenhospiz entzog sogar 250 Mädchen von nah und fern während der drei Karnevalstage dem sündhaften Treiben der Welt. Die 290 jungen Mädchen konnten, wie es wörtlich heißt, „am Aschermittwoch, wo so viele körperlich und geistig gebrochen infolge der Ausschweifungen an die Arbeit gehen, frisch und rüstig und ganz besonders frohen Herzens die Arbeit wieder aufnehmen“. Fast will es scheinen, als wollten sich die Anstalten mit dieser Bemerkung den Herren Unternehmern in besondere empfehlende Erinnerung bringen. Heime, die so vorzüglich verstehen, fröhliche Arbeitsstimmung zu wecken und zu erhalten, die verdienen sicherlich, daß die Lohnslavinnen ihnen zugeführt werden. Und so mächtig die Preise für Unterkunft und Verköstigung aussehen: bei den „wohlthätigen“ Spenden, welche den Hospizen zufließen, und der großen Anzahl der Arbeiterinnen, die sie aufsuchen, rentiert die Sache doch. So schlagen auch jedenfalls die frommen Leiterinnen der Anstalten mit den Exerzitien während des Karnevals zwei Fliegen mit einer Klappe. Sie sorgen für das Seelenheil junger Mädchen und fördern das Geschäft.

In Aachen gibt es noch zahlreiche Anstalten ähnlicher Art wie die genannten Hospize. Unter mehr oder minder heiligen Namen verbergen sie ihre eigentliche Bestimmung: die Arbeiterinnen im Interesse des Klerikalismus und des Unternehmertums zu gähneln, sie von allen aufklärenden Einflüssen fernzuhalten, insbesondere aber sie von der Sozialdemokratie und den freien Gewerkschaften abzusperrn. Die Interessensvertretung der Ausgebeuteten durch zielklare Organisationen verträgt sich nicht mit der Respektierung des kapitalistischen Profits. Recht vielsagend ist es, daß es unter den Anstalten, welche den Arbeiterinnen das Heim ersetzen sollen, auch Aktiengesellschaften gibt. Wer vermutet wohl hinter dem Namen „Schwestern vom armen Kinde Jesu“ eine Aktiengesellschaft? Und doch steht eine solche hinter den Schwestern. Aachener Aktiengesellschaft für Arbeiterwohl nennt sich das Unternehmen, dem jenes Arbeiterinnenhospiz gehört, wo die jungen Mädchen das Sparen lernen können. Im Vorstand dieser Gesellschaft sitzen Textilindustrielle. Man wird sich fragen müssen, ob nicht auch die Dividenden des genannten Unternehmens mit dazu beigetragen haben, daß Aachen so viele Millionäre zählt. Wie die anderen Institutionen verwandter Art, so unterhalten auch die Wohltätigkeitsanstalten auf Aktien alle möglichen Unterrichtskurse, ferner Knaben- und Mädchenhorte, wo für die Behütung der Kinder bezahlt wird, und in ihren Rükchen haben sie einen ziemlich großen Umsatz. Für die Inhaber der Aktien trifft daher das Wort zu: Wohltun trägt Zinsen.

Daß vor Gott alle Menschen gleich sind, wird den Mädchen, die diese Anstalten besuchen, wohl oft genug erklärt werden. Vor der Kirche der Heime scheinen jedoch nicht alle Besucherinnen gleich zu sein. Der Bericht des Frauenheims spricht zum Beispiel von Mittag- und Abendessen für Damen und „Fabrikmädchen“. Von Frauen oder von Arbeiterinnen zu sprechen, verstößt jedenfalls gegen die „gute Sitte“. Wohin sollte es auch führen, wenn kein Unterschied gemacht würde in der Benennung „besserer“ jungen Mädchen und jener armen Geschöpfe, die, halbe Kinder noch, dem Kapitalismus Fronendienste leisten müssen! (Fortsetzung folgt.)

Die Steuerreform der Junker und der Kirche.

Wenn diese Zeilen ins Land gehen, so wird der Reichstag schon eifrig dabei sein, das „große nationale Werk“, die Reichsfinanzreform, unter Dach und Fach zu bringen. Wenn es nach den Wünschen der neuen Mehrheit der Konservativen, des Zentrums und der Antisemiten geht, so wird zu Ende Juni die Sache erledigt. Die Last der neuen Steuern wird zum allergrößten Teil der Masse des arbeitenden Volkes aufgelegt, zu einem kleineren dem Börsen-, Industrie- und Handelskapital sowie dem städtischen Grundbesitz und zu einem winzigen Teile dem ländlichen Großgrundbesitz. Es steht noch im ungewissen, ob die Pläne dieser Mehrheit gelingen oder ob nicht doch noch zuguterletzt die Liberalen sich mit den Junkern „verständigen“, das heißt den Junkern in der Hauptsache nachgeben und dann unter der Patronanz der Regierung eine andere „Reform“ machen, die dem beweglichen Kapital etwas günstiger, aber in der Hauptsache ebenso volksfeindlich ist wie das konservativ-klerikale „nationale Werk“. Aber da alle bürgerlichen Parteien einig sind in dem Entschluß, mindestens vier Fünftel der neuen Steuern der Masse des Volkes aufzuerlegen, da sie alle übereinstimmen in dem Willen, die Belastung des Besitzes nicht über ein Fünftel der neuen Bürde zu steigern: so gewinnt die Arbeiterklasse auch in dem Falle nichts von Belang, daß die konservativ-klerikale Koalition nicht zum Ziel gelangt. Jedenfalls verdient das Steuerprojekt, das Junker und Zentrum in der Rumpffinanzkommission des Reichstags ausgeheckt haben, eine Betrachtung, bevor noch feststeht, ob es verwirklicht werden wird. Es enthüllt nämlich mit einer Deutlichkeit, die auch dem blödesten Auge zweifelstfrei ist, die Volksfeindlichkeit der Konservativen und des Zentrums, das so gern mit dem Schein der Demokratie prunkt.

Die Rumpffinanzkommission bietet der Regierung die folgenden Steuern an:

Branntwein	100 Millionen Mark
Spiritussteuer und -zoll	63
Tabaksteuer (ohne Zigaretten)	44
Kaffee- und Teezoll	87
Bündholzsteuer	25
Glühlörper	20
Mühlenumsatzsteuer	12
Kohlenausfuhrzoll	25
Fahrtartensteuer	20
Seltsteuer	8
Parfüm-, Seifen- und Zahnwassersteuer	10
Wertzuwachssteuer auf Grundstücke	30
Umsatzstempel	30
Rotierungssteuer (Wertpapiersteuer)	80

Summa 624 Millionen Mark.

Von diesen Steuern fallen 350 Millionen oder weiteres in der Hauptsache den Minderbemittelten zur Last, der großen Masse der Arbeiterklasse und des kleinen Mittelstandes. Die Brausteuern verteuern ihnen das Bier, die Spiritussteuer den Branntwein, die Tabaksteuer die Zigarre und die Pfeife, der erhöhte Kaffee- und Teezoll zwei wesentliche Getränke, die Bündholzsteuer einen unentbehrlichen Bedarfsartikel, die Mühlenumsatzsteuer das Brot, der Kohlenausfuhrzoll die Feuerung und die Fahrtartensteuer das Reisen. Die Glühlörpersteuer trifft zwar die Arbeiterklasse noch wenig, den Mittelstand aber recht kräftig. Allerdings werden auch die Wohlhabenden und Reichen von den präferierten Steuern mitbetroffen. Aber ihr Anteil daran ist gering, den weitaus größten Beitrag muß der Konsum der Massen bringen. Außerdem haben diese Steuern für die Besitzenden das Angenehme, daß sie für sie dank ihrem großen Einkommen kaum fühlbar sind, während die Nichtbesitzenden wegen ihres geringen Einkommens den Druck sehr deutlich spüren müssen. Dazu kommt noch, daß die Arbeiter auch den ganzen Schaden zu tragen haben, der vor allem in der Tabakindustrie und ihren Hilfsgewerben (Kisten- und Etikettenfabrikation usw.) sowie in den übrigen betroffenen Erwerbsgebieten infolge einer Konsumverminderung eintritt. Nament-

lich im Tabakverbrauch wird der Rückgang nicht ausbleiben, da die Verteuerung durch die Steuer viele Raucher zu einer Einschränkung ihres Konsums zwingt. Ganz besonders müßte auch die Zündholzsteuer die Arbeiter schädigen. Sie würde eine sehr erhebliche Verteuerung der Zündhölzchen im Gefolge haben: ein Hinausschnellen des Preises für ein Zehnpfennigpaket auf 25 Pf. Eine starke Einschränkung des Verbrauchs und Verwendung von allerlei Ersatzmitteln — stets brennende Spirituslämpchen und dergleichen — müßte sich fühlbar machen, und die Zecher hätten die ohnehin gering entlohnten Zündholzarbeiter und -arbeiterinnen zu zahlen in Gestalt von Verlust ihrer Beschäftigung oder schwerem Lohndruck. Der Kohlenausfuhrzoll wird die Kohlen im Inland verteuern. Die Kohlengrubenbesitzer haben durch ihre mächtigen Vereinigungen den deutschen Markt in der Gewalt und können daher die Belastung durch den Zoll mittels erhöhter Preise auf die deutschen Verbraucher abwälzen. Eine Preiserhöhung auf den ausländischen Märkten dürfen die Herren nicht wagen, weil sie da die Konkurrenz der englischen, belgischen, französischen und österreichischen Kohlen auszuhalten haben. Die Verteuerung der von der Industrie verbrauchten Kohlen wird zum großen Teil auch wieder der Verbraucher in erhöhtem Preis der Industrieprodukte decken müssen. — Wenn man übrigens den Anteil der Wohlhabenden an allen diesen Steuern erwägt, so darf man nicht vergessen, daß sie bei der Fahrkartensteuer eine direkte Entlastung auf Kosten der Reisenden vierter und dritter Klasse erfahren sollen.

So ist es natürlich nicht zu hoch gegriffen, wenn man von den 366 Millionen, die diese Verbrauchssteuern und Zölle von der Brausteuern bis zur Fahrkartensteuer bringen sollen, 350 Millionen als Belastung der Arbeiterklasse und des kleinen Mittelstandes rechnet, die Kleinbauern unbegriffen.

Diesen 350 Millionen, die die Proletarier, kleinen Bürger und Bauern zahlen sollen, stehen ganze 18 Millionen „Luzussteuern“ gegenüber, die Selbststeuer mit 8, die Parfüm-, Seifen- und Zahnwassersteuer mit 10 Millionen Mark. Diese Luzussteuern treffen dabei noch nicht einmal ausschließlich die Reichen. Die Steuer auf Parfüm, wohlriechende Seifen und Zahnwasser muß zu einem gewissen Teil auch von den Arbeitern und Kleinbürgern getragen werden, denn auch von ihnen werden billige wohlriechende Seifen, Haaröl, Pomade und Zahnwasser gebraucht, und eine Einschränkung solchen Verbrauchs wäre sicherlich kein Kulturfortschritt.

Die reinen Besitzsteuern der Rumpfkommision — Wertzuwachssteuer auf Grundstücke, Umsatzstempel und die Kotierungssteuer auf Wertpapiere — sollen nach den Ansätzen der Kommission 140 Millionen Mark bringen. Sicherlich lassen die verbündeten Konservativen und Zentrümmer hier noch erheblich abhandeln, und wenn die Regierung ihren Vorschlägen die Sanktion erteilt, so werden noch bedeutende Beträge im Interesse der einflussreichen Börsianer und Industriemagnaten abgesetzt werden. Bemerkenswert ist die Geschicklichkeit und Unverschämtheit, mit der die Großgrundbesitzer sich bei dieser Besitzbesteuerung fast völlige Steuerbefreiung zu sichern unternehmen. Börse, Industrie, Handel und städtischer Grundbesitz würden von diesen vorläufig angelegten 140 Millionen ungefähr drei Viertel, der ländliche Großgrundbesitz aber höchstens ein Viertel zu tragen haben!

Das Fazit des konservativ-kerikalen Werkes also ist: 350 Millionen werden der Arbeiterklasse und den kleinen Bürgern und Bauern aufgehäuft, das bewegliche Kapital und der städtische Grundbesitz sollen ungefähr 130 Millionen zahlen, und der ländliche Großgrundbesitz, das heißt die Junkerschaft, übernimmt gnädigst 40 Millionen Mark. Zehntausende von Arbeitern aber verlieren ihre Arbeit und Hunderttausende haben mit äußerster Schwierigkeit zu rechnen, ihre jetzigen ohnehin unzureichenden Löhne zu behaupten. Während das Elend des Proletariats vermehrt wird, erhalten die Junker ihr Privilegium garantiert, den Staat weiter bei der Einkommensteuereinschätzung gröblich über's Ohr zu hauen.

Und dieses Werk wird nicht von den Junkern, sondern auch von der Partei gezeichnet, die angeblich eine Volkspartei ist

und angeblich auch die Interessen der Arbeiter vertritt: vom Zentrum! Selbst wenn das Werk in dieser Gestalt nicht Geseh wird und das Zentrum noch in letzter Stunde wieder von der Regierungskrippe fortgestoßen werden sollte, wird es für alle Zeit vor dem Volke die Verantwortung für diese grimmig volksfeindliche „Reform“ zu tragen haben. H. B.

Der Londoner Kongreß des Weltbundes für Frauenstimmrecht.

(Schluß.)

Die Frage der Taktik, welche sich dem Kongreß aufbrängte, war — aller Nebensächlichkeiten entkleidet — in ihrem wesentlichen Kern die folgende: Müßten die bürgerlichen Frauenstimmrechtsorganisationen im Kampfe für die politische Emanzipation nicht alle Mittel anwenden, welche unter den gegebenen Umständen Erfolg versprechen? Dürfen sie daher nicht auch solche Kampfesmittel gebrauchen, die noch nicht von der Tradition geheiligt worden sind, ja die im Gegensatz zu ihr stehen? Kampfesmittel, die vielleicht von dem Anstandskodex bürgerlicher Kreise gemißbilligt werden, welche den politischen Kampf mit Kaffeekränzchenschwatz verwechseln; Kampfesmittel, die in Konflikt mit Polizei, Gerichten, Regierung bringen, kurz mit allen öffentlichen Gewalten, in denen sich für die Besitzenden und herrschenden Kasten und Klassen die „heilige Ordnung segensreich“ verkörpert.

Diese Frage lag der frauenrechtlerischen Tagung nicht als theoretisches Problem vor, als Doktorfrage über ungelegte Eier. Eine unzweideutige Antwort heischend trat sie in der sehr konkreten Gestalt des Vorgehens der englischen Suffragettes an sie heran. Und dieses Vorgehen hatte die Frage in Wirklichkeit bereits durch die Praxis beantwortet, noch ehe daß sie zur Diskussion gestellt worden war. In der Tat: die englischen Suffragettes hatten bewiesen, daß die rücksichtslose Anwendung aller verfügbaren Kampfesmittel der Forderung des Frauenrechts wie jedem politischen Ziel nützlich ist. Mit robustem realpolitischem Instinkt hatten sie die alte Taktik „weiser Mäßigung“ und „klugen Wohlverhaltens“ beiseite geschoben, die abzuschmeicheln hofft, wo es abzutrogen, zu erobern gilt. Eine martischreierische Reklame, die einen Bannum als Stümper eröten machen könnte, hatten sie in den Dienst ihrer Sache gestellt, wie die planmäßige „Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung“ in den Straßen, in den geweihten Räumen des Parlaments. Sie waren vor einer systematischen „Belästigung“ der Minister und führenden Politiker, vor einem schonungslosen Kleinkrieg gegen die liberale Regierung und seiner Frucht: vermehrter Macht der Konservativen ebensowenig zurückgeschreckt wie vor Handgemenge mit den Polizisten, vor Gefängnis und Geldstrafen. Und der Erfolg? Kein Zweifel: die Suffragettes haben die Forderung des Frauenstimmrechts in der kurzen Spanne von etwa zwei Jahren mehr gefördert, als die alte „bemährte“ Taktik das in langen Zeitaläufen getan hat.

War damit nicht die Entscheidung über die Frage der frauenrechtlerischen Taktik und das Verhalten des „Weltbundes“ zu den Suffragettes gegeben? So sollte man meinen, wenn man die Entwicklung der Dinge unter dem Gesichtswinkel einer einheitlichen, „unpolitischen Nichts-als-Frauenbewegung“ betrachtet. Da jedoch besagtes Püppchen nicht Blut, sondern nur Sägespäne im Leibe hat, kam es anders. Und das gründlich. Die englischen Suffragettes waren durch ihre Taktik in Gegensatz zu den Vertreterinnen der ehrwürdigen Praxis des „Maßhaltens“ geraten, die man unter dem Namen der „Suffragists“ zusammenfaßt. Und dieser Gegensatz hatte sich — ein anscheinender Widerspruch! — gerade mit den wachsenden Erfolgen der neuen Kampfesmethoden stetig verschärft. Noch auf dem Amsterdamer Kongreß des „Weltbundes“ standen Suffragettes und Suffragists freundlich nebeneinander. Welch ein Schauspiel und welches ein Beispiel! Die Schwesternschaft des gesamten weiblichen Geschlechts ist doch kein leerer Wahn, sie trotz allen Meinungsunterschieden über die Taktik, sie überbrückt ebenso die partei-

politischen Gegensätze und die dahinter lauerten Gegensätze der sozialen Schichtung! Die Frauenrechtlerinnen aller Länder, und zumal die deutschen riefen es frohlockend den Sozialdemokratinnen zu, und in ihren Augen blinkten jene Tränen freudiger Rührung, die dem Menschen so leicht ankommen, wenn das Leben zufällig einmal eine sorgfältig gehegte Lieblingsdummheit zu begünstigen scheint. Ein knappes Jahr anhaltender Triumphe der „neuen“ Taktik hat hingereicht, den lieblichen Spul illusionreicher Gefühle in sein praktisches Nichts aufzulösen. Heute wenden sich die Suffragists unzweideutig gegen die Suffragettes. Ihre frühere Haltung des Nichtmitmachens, aber der wohlwollenden Duldung der „revolutionären“ Agitationsmethoden hat sich in die entschiedene Verurteilung, ja Bekämpfung derselben verkehrt. Zu großzügigen Auseinandersetzungen über die Frage der Taktik ist es zwischen den „einigen Schwestern“ allerdings nicht gekommen. In der Praxis aber entladen sich die Gegensätze in einen Froschmäusekrieg, in dem zumal ein Teil der Suffragists ganz Erledliches an Gehässigkeit und Tücke leistet.

Am Vorabend des Londoner Kongresses waren daher die Aussichten geringer als je zuvor, daß sich die wichtigsten englischen Frauenstimmrechtsorganisationen in naher Zukunft zu dem einen nationalen Verband zusammenschließen werden, der nach den Satzungen des „Weltbundes“ allein diesem angegliedert sein kann. Aber die Bedeutung der zwei frauenrechtlerischen Vereinigungen, welche hinter der Taktik der Suffragettes stehen, war mit deren Erfolgen gestiegen. Die frauenrechtlerische Internationale konnte sie nicht übersehen; das um so weniger, als in allen Ländern ein Teil der Frauenrechtlerinnen unverhohlen mit den Suffragettes sympathisierte. Der Erfolg ist ein überzeugender Werber von Bundesgenossen. Eindringliche Befürworterinnen erstanden der Forderung, durch eine Abänderung des Statuts es zu ermöglichen, daß auch die Organisationen der Suffragettes dem „Weltbund“ beizutreten vermöchten. Mittel und Wege zur Verwirklichung dieser Forderung zu finden, ohne unmittelbar in die Zwistigkeiten der englischen Frauenrechtlerinnen einzugreifen, aber in der Hoffnung und Absicht, sie mildern und überwinden zu helfen: das war eine der organisatorischen und taktischen Hauptaufgaben, welche der Kongreß zu lösen hatte.

Wir haben bereits in anderem Zusammenhang hervorgehoben, daß er der Erörterung über die Frage der Taktik selbst feig aus dem Wege ging. Offenbar nach dem berühmten Rezept der Polizei im hellen Sachsen: „Aber Thema darf nicht gesprochen werden.“ Fräulein Pappriß quitiert über diese Enthaltensamkeit im „Berliner Tageblatt“ mit einem Stoßseufzer darüber, daß die Frage nicht zur Diskussion stand: „Wie können wir praktisch arbeiten, um die Sache des Frauenstimmrechts zu fördern?“ Aber sie tröstet sich wie andere ihresgleichen mit der billigen Ansicht, daß „die Propaganda der Tat“, wie die Suffragettes sie praktizieren, „in außerenglischen Ländern der Sache des Fortschritts nur schaden würde“. Eine Ansicht, die ein genau so verflucht gescheitertes Erfassen des Wesens jeder Taktik befundet, wie es ihr Gegenpol tun würde: die Meinung nämlich, daß die „revolutionären“ Kampfesmethoden der Suffragettes unter allen Umständen überall angewendet werden müssen. Aufgabe des Kongresses wäre es gewesen, aus dem besonderen Fall das allgemein Gültige herauszuschälen: die Betonung der Notwendigkeit, im Hinblick auf das Ziel durch die Beweglichkeit der Taktik jede Situation voll auszunützen. Das Aussprechen dieser Selbstverständlichkeit hätte aber zu einer Rechtfertigung der Suffragettes geführt. Daher unterblieb es.

Wie die Kämpferinnen für das allgemeine Wahlrecht wegen ihres Zieles, so hat der Kongreß die Suffragettes wegen ihrer Kampfesmethoden meuchlings außerhalb des „Weltbundes“ gestoßen. Und auch bei den schäbigen Praktiken, die diesem „schwesterlichen“ Beginnen dienen, zeichneten sich wiederum neben den englischen Suffragists die nordamerikanischen Frauenrechtlerinnen unter Führung jener Vertreterin „praktischen Christentums“ aus, die Fräulein Pappriß' feuertrunkener Blick in der Predigerin Shaw geschaut hat. Es fiel der Antrag, in

den Ländern, wo zufolge tiefgehender Meinungsunterschiede kein Nationalverband die einzelnen Frauenstimmrechtsorganisationen zu einem vermag, diese durch ein paritätisch zusammengesetztes Komitee lose zusammenzufassen, welches den Verkehr mit dem „Weltbund“ vermitteln sollte. Damit nicht genug. Den Organisationen der Suffragettes wurde noch durch ein anderes Votum des Kongresses die Tür zu dem „Weltbund“ verrammelt. Es legte im Statut fest, daß diesem nur solche Verbände angegliedert sein dürfen, welche regelmäßige jährliche Beiträge von ihren Mitgliedern erheben. Die stärkste und reichste Vereinigung der Suffragettes — die Social and Political Union — tut das nicht. Sie macht die Mitgliedschaft nur von einem einmaligen Eintrittsbeitrag abhängig, da ihr genügend Mittel von konservativer Seite zufließen.

Die Suffragettes selbst konnten ihre Sache nicht vor dem Kongreß führen. Dafür hatten — immer in „schwesterlicher Bestimmung“! — die Suffragists gesorgt, denen die Vorbereitung und Organisation der Tagung zugefallen war. Wohl hatten schandenhalber die Suffragettes als offizielle Ehrengäste zum Kongreß geladen werden müssen. Jedoch als Ehrengäste, die der Mauerkorb schmücken sollte. Für ihre Ausführungen waren ihnen nur 10 Minuten Redezeit bewilligt, und auch das nicht bei einem bestimmten Punkt der Tagesordnung, sondern wann es der Leitung des Kongresses beliebte. Unter diesen Umständen taten die Suffragettes das einzig Richtige: sie blieben dem Kongreß fern. Den nichtenglischen Delegierten aber führten sie die Macht und den Erfolg ihres Vorgehens in praxi vor Augen durch eine Reihe von agitatorischen und demonstrativen Veranstaltungen. Sprühendes Leben und Weben war das Gepräge des von ihnen organisierten Riesenmeetings in der Albert-Hall, die 10000 Personen faßt, wie auch der Feier, die am Morgen darauf zu Ehren von 19 Suffragettes stattfand, die aus dem Gefängnis entlassen wurden. Die „schwesterliche Liebe“ der Suffragists hatte — ausgerechnet für den Abend des Meetings — sehr verlockende Veranstaltungen getroffen: einen Ausflug nach Stratford-on-Avon, Shakespeares Geburtsort, und eine Aufführung von Shakespeare-Festspielen. Trotz alledem wohnte wohl die übergroße Mehrheit der nichtenglischen Delegierten der Versammlung in der Albert-Hall bei, und nicht wenige Ausländerinnen jubelten den in die Freiheit, in den Kampf zurückkehrenden Suffragettes zu.

Aber freilich! All das war mehr der Genuß eines Schauspiels, denn die Betätigung einer ernsten Überzeugung. Noch schwelgten die Damen in der seligen Erinnerung an die „elegante Toilette“, in der Mrs. Pethwick-Lawrence, eine Führerin der Suffragettes, ihre „zündende Rede“ in das Meeting geschleudert hatte; noch brannten ihre zarten Händchen von dem Klatschen des Beifalls, mit dem sie die 450 frauenrechtlerischen Kämpferinnen begrüßt hatten, die für ihre Überzeugung hinter die Mauern des verrufenen englischen „Arbeitshauses“ gegangen waren: und schon erhoben sie auf dem Kongreß feierlich die Schwurfinger gegen die Suffragettes und erklärten: „Wir kennen diese Menschen nicht.“ In der Tat, nur die Vertreterinnen von armseligen drei frauenrechtlerischen Nationalverbänden — von 21, die am Kongreß teilnahmen — stimmten dafür, daß dieser auch den Suffragettes seine Anerkennung für ihre unstreitig opferreiche und mutige Betätigung aussprechen sollte. Das betreffende Amendement zu einer Resolution, die das Wirken der Suffragists über Gebühr lobte, wurde von den russischen mit Unterstützung der deutschen Delegierten eingebracht und nur noch von der belgischen Delegierten befürwortet. Ja Schlimmeres noch: es kostete einen Kampf, damit das Amendement überhaupt zur Verlesung kommen durfte, und die Beratung blieb ihm gegen die Stimmen der drei genannten Delegationen verlag. Vergeblich hatte Fräulein Augspurg sich bemüht, durch drei geschäftsordnungsgemäße Fragen an die Vorsitzende der Tagung den Dingen eine andere Wendung zu geben. Mrs. Chapman-Catt würdigte sie keiner Antwort. Als Protest verließ Fräulein Augspurg demonstrativ das Podium und nahm ihren Platz statt unter den Mitgliedern des Vorstandes unter den

Delegierten im Saale. Um das Verhalten des Kongresses und seiner Leitung richtig zu werten, darf man eins nicht vergessen. Es gelangten mehr als ein Bäckerduzend Resolutionen zur Annahme, in welchen die Frauenrechtlerinnen aller möglichen Herrgottsaterländer zu den errungenen Erfolgen feierlich beglückwünschten wurden. Niemand wird aber bestreiten, daß das Streben nach der politischen Emanzipation des weiblichen Geschlechts durch den Kampf der Suffragettes in England mehr gefördert worden ist, als etwa durch die welterschütternde Begebenheit, daß ein neuer Staatsminister in Island sich als Freund des Frauenwahlrechts bekannt hat.

Kein Zweifel: das widerspruchsvolle Verhalten der internationalen Frauenrechtlerinnen zu den Suffragettes spiegelt in der Hauptsache den Gegensatz der Suffragists zu diesem wieder. Aber was liegt auf dem Grunde dieses Gegensatzes selbst, der so widerspruchsvoll erscheint? Das ist die Frage! Die Frauenrechtlerinnen drücken sich um ihre Beantwortung zum Teil unehrlich, zum Teil hilflos herum. Und das begreift sich. Sie können den treibenden Kräften des Konflikts zwischen den englischen „Schwestern“ nicht nachspüren, können sie nicht bloßlegen, ohne daß die schillernde Seifenblase des frauenrechtlerischen Lieblingsdogmas platzt, die Frauenbewegung „an und für sich und als solche“ stünde über der „Parteipolitik“ und bliebe ihrem Einfluß entzogen. Es ist nicht die Verschiedenheit des Ziels, welche Suffragists und Suffragettes trennt. Die feindlichen Schwestern sind ein Herz und eine Seele in der Forderung des Damenwahlrechts allein. Die klügsten Führerinnen der „Gemäßigten“ sind auch viel zu erfahrene Realpolitikerinnen, um aus frautantenhaftem Gruseln heraus den „Radikalen“ auf die Dauer ernstlich darob zu grollen, daß ihre Taktik manchem braven Bürger etwas „shocking“ dünken mag. Diese Taktik hat die Feuerprobe der Praxis bestanden, und gerade in England „ist die Theorie nichts, die Erfahrung alles“. Geht man den Dingen auf den Grund, so enthüllt sich der Gegensatz zwischen Suffragettes und Suffragists als der Gegensatz zwischen den Konservativen und den Liberalen. Parteipolitik ist seine stärkste Wurzel.

Es ist in England offenes Geheimnis, daß vor allem konservative Kreise es sind, welche den Suffragettes die riesigen Geldmittel für die Praxis ihrer „revolutionären“ Kampfmethoden liefern. Nur Tollhäusler aber können vermuten, daß die Konservativen aus Begeisterung für die schönen Augen der Damen und die schönen Augen des Prinzips der Gleichberechtigung der Geschlechter in die tiefen Taschen fassen. Ihre „Opferfreudigkeit“ wirkt mit der Wurst nach der Speckseite, sie will Parteinteressen fördern. Der Kampf für das Frauenwahlrecht, wie die Suffragettes ihn führen, stärkt zunächst und voraussichtlich in Zukunft noch mehr die parlamentarische Macht der Konservativen. Und sollte er zum Ziel kommen, so würde die Einführung des geforderten Frauenwahlrechts mit seinen Beschränkungen und seiner Häufung von Pluralstimmen ebenfalls am meisten dieser Partei frommen. Jedoch, was dem einen eine Nachtigall, ist dem anderen eine Gule. Die Agitation der Suffragettes schwächt die Position der Liberalen und vermehrt die Schwierigkeiten ihrer Regierung in dem Augenblick, wo diese von rechts und links her ins Gedränge kommt, wo sie sich zwischen Imperialismus, Defizit, Sozialreform — um nur einiges zu nennen — durchkämpfen soll. Mehr als ein Wahlkreis ist bei Nachwahlen dank dem frauenrechtlerischen Eingreifen von den Liberalen an die Konservativen übergegangen.

Doch von der augenblicklichen Lage abgesehen, schafft die Frage des beschränkten Frauenwahlrechts selbst für die Liberalen erhebliche Schwierigkeiten. Sicherlich: ein Teil von ihnen würde in gut kapitalistischer Besinnung der Forderung gern zustimmen. Der Flügel der „Radikalen“ dagegen besteht aus mehr oder minder überzeugten Verfechtern des alten demokratischen Prinzips. Er lehnt das beschränkte Frauenwahlrecht als eine Maßregel ab, die nur der Reaktion nützen würde, er heischt das allgemeine Wahlrecht aller Großjährigen. Und wie manche Liberalen sich für das Frauenwahlrecht überhaupt verpflichtet haben, ohne Frage nach der Art, so sind wieder andere aus

Rücksicht auf ihre proletarische Gefolgschaft gezwungen, für eine wirklich demokratische Reform des Wahlrechts einzutreten. Man übersehe bei der Wertung dieses Umstandes nicht, daß die Gewerkschaften sich auf den Generalversammlungen der einzelnen Unions wie auf ihren allgemeinen Jahreskongressen wieder und wieder mit aller Schärfe gegen das beschränkte Frauenwahlrecht erklärt haben. So steht der Liberalismus dieser Forderung nicht einig und geschlossen gegenüber, und seine Rechte kann in der Sache nicht die Hand der Konservativen drücken, ohne daß ihm seine Linke dafür kräftig auf die Finger schlägt. Trotz alledem heißt es aber Farbe bekennen. Die stürmische Agitation der Suffragettes hat das Banner des beschränkten Frauenwahlrechts vor der breitesten Öffentlichkeit entfaltet. So ist es doppelt unmöglich, daß die politische Emanzipation des weiblichen Besitzes in idyllischer Stille vor sich gehen könnte. Die Forderung lenkt die Aufmerksamkeit der Habenichtse ohne Unterschied des Geschlechts auf die Notwendigkeit einer wirklich demokratischen Wahlrechtsreform, die ihnen volles Bürgerrecht sichern würde. Noch ist es nur ein leichtes Kräuseln, das die Oberfläche ihrer Massen bewegt, aber es muß zum Unwiderstehlichen Bogenbrang einer Volksbewegung großen Stils für das allgemeine Wahlrecht aller Großjährigen anwachsen, wenn die Sozialisten die Gunst der Stunde nützen. Rechts die Snylla des beschränkten Frauenwahlrechts, der wachsenden Macht der Konservativen, links die Charybdis des allgemeinen Wahlrechts, steigender politischer Reife, Unabhängigkeit und Kraft des Proletariats: das ist die Zukunft, welche das Aufrollen der Wahlrechtsfrage durch die Suffragettes dem englischen Liberalismus zeigt. Aus diesen Zusammenhängen heraus begreift sich das Verhalten der Liberalen und der Suffragists zu der Agitation der Suffragettes. Die maßgebenden Führerinnen der frauenrechtlerischen „Gemäßigten“ sind Wein vom Wein und Fleisch vom Fleisch des Liberalismus. Nicht die künstlich ausgeheckten Gesehe einer Nichts-als-Frauenbewegung bestimmen ihre Haltung in der Wahlrechtsfrage, ihre Richtschnur ist das Interesse der liberalen Partei. Auch als Kämpferinnen für das Frauenrecht handeln sie vor allem als Parteipolitikerinnen. —

Eines hervorragenden Charakterzuges des frauenrechtlerischen Kongresses muß noch gedacht werden. Seines widerlichen Byzantinismus. Die ersten Vorkämpferinnen der modernen Frauenbewegung standen im Lager der Revolution und halfen Throne stürzen. Ihre Nachfahren dienernten in London fromm vor dem Wochenbett der nämlichen Königin von Holland, die ihnen voriges Jahr in Amsterdam die kühlste Nichtachtung bewiesen hat. Aber freilich! Wie fürstlich und doch echt volkstümlich hatte die hohe Frau das weit gemacht. Sie geruhte allergnädigst, während der Kongresswoche niederzukommen. Welch ehrende Demonstration für die „Schwesternschaft“ aller Frauen, welch wirksame Förderung der Sache des Frauenstimmrechts! Die tagenden Frauenrechtlerinnen haben solch königliche Guld nicht gebührend gewürdigt. Sie hätten den Säugling „von Gottes Gnaden“ zur Ehrenpräsidentin des „Weltbundes“ ernennen müssen. Es wäre dies das treffendste Symbol des Geistes gewesen, der ihn beherrscht.

Der kam unverfälscht noch in einer anderen Episode zum Ausdruck. Frau Wickzell, eine Schwedin, wurde als Vorstandsmitglied des „Weltbundes“ vorgeschlagen. Sie erklärte sich bereit, „für sich und ihr Land diese Ehre anzunehmen“, wenn die Delegierten keinen Stein des Anstoßes darin erblickten, daß sie mit ihrem Manne seit zwanzig Jahren in freier Ehe lebe. Eine zwanzigjährige Ehe ohne gesetzlichen Zwang, aus freiem sittlichem Willen, kurz eine Ehe, die unmöglich der „Schmuh der Seele zu zweien“ sein konnte! Mußte nicht ein Strom warmer Sympathie der tapseren Frau zufluten, in deren persönlichstem Lebensschicksal die Zukunftshoffnungen auf eine befreite, gereinigte Liebe aufleuchten? Durfte der denkfaule, vorurteilsvolle Glaube an die sittlich tragende Kraft leerer Formeln dieser Ehe die Achtung versagen, ohne daß er in die Schranken gewiesen wurde? Auf diesem Kongress „freier Frauen“ durfte er es. Die getränkte Sittlichkeit einer südafrikanischen Delegierten

empörte sich bei dem Gedanken, eine Anhängerin der freien Ehe könne den Vorstand des „Weltbundes“ diskreditieren. Und auch nicht eine einzige der anwesenden Verfechterinnen „der neuen sexuellen Sittlichkeit“ erhob die Stimme für Frau Wickfoll. Die nämlichen Heldinnen hatten ebenso tapfer und einmütig geschwiegen, als der Kongreß lakonisch vor einer jener fürstlichen Ehen knickte, die, von der Staatsräson zusammengefügt, vor dem Richterstuhl reiner Sittlichkeit nicht mehr wert sind als die erste beste bürgerliche Geschäftsbeziehung. Episoden wie entscheidende Beschlüsse des Kongresses erhärten, daß die bürgerlichen Frauenstimmrechtskämpferinnen Töchter der herrschenden und geschichtlich verfallenden Klassen sind. Nicht sie werden es daher sein, die die „Schlacht am Birkenbaum“ für die politische Gleichberechtigung, die sittliche Freiheit des gesamten weiblichen Geschlechts schlagen.

Heimarbeiterelend in der Puppenindustrie.

Auf den Höhen des Frankenwaldes, in Sachsen-Meinigen, wo die dunklen Tannenwälder in erster Abgeschlossenheit über die Kämme ziehen, da versteckt sich zwischen Schluchten trostloses Menschendasein. Begabte, aber verkümmerte Menschen sind es, welche in Leid und Elend auf den Knien liegen vor der Naturschönheit, die traurig auf die Gebeugten herabschaut. Wenn die Sonne darüber fällt, wenn sie sich in vereisten Schneegründen verliert, so ist das keine Heiterkeit, sondern Reinheit, Weihe. Denn in allen diesen Tälern, über allen Hängen brütet Menschenschmerz. Ungehörte Schreie trägt das Echo auf die Höhen und in die Tiefen; das ist das schwere, zitternde Rauschen, das im Waldwinkel erstirbt. Alle Furien menschlicher Qual rasen unerbittlich über dieses Fleckchen Erde hinweg und geißeln dies Häuflein einsamer Menschen. Es ist der Hunger, die Arbeitslosigkeit, die Schatten des blutigen Fortschritts: Menschentyrannei. Manneskräft wird bis zum letzten Tropfen ausgeaugt, Frauenleiber werden von Geschlecht und Lastarbeit ausgequetscht und Kinder, von Geburt an dürstige Geschöpfe, werden um das Jugendleben gebracht. Ihre Sinne verkümmern, da ein Handgriff alle Aufmerksamkeit, die ganze kindliche Fähigkeit braucht. Durch die Dünste der niederen, menschenüberfüllten Hütten fließen Keime der Krankheit, in den Stuben sind alle Seufzer der Vergangenheit gefesselt. In den Augen holet die Angst vor der Not, Mutter Schmerzen werden stumm ertragen, das Klagen flieht nach innen, und auf schwächliche, arbeitende Fingerchen fallen salzige Kindertränen. Das ist nicht genug. Das Lachen der Mächtigen, der Arbeitgeber ersticht das Todeswimmern, das Winkeln nach Leben, und ihre eiserne, giftige Hand faßt an die offenen Wunden der Leidenden.

Im Spielzeug der jubelnden Kinderwelt sind die Tränen arbeitender Kinderchen eingewirkt, und in dem tausendfältigen kleinen Freudespiel liegt der Schlaf von müden, aufgerissenen Augen eingegraben, der Hunger wird von dünnen, durchsichtigen Händchen angeleckt. Von März bis November erdrückt der Weihnachtsbedarf die zahlreichen Arbeitskräfte mit hegender, durch die Nächte jagender Arbeit. Während die Väter bei Sonnenaufgang stundenlang durch die Schneelandschaft in die Fabrik eilen und kargen Lohn ermühen, beugen sich zu Hause Mütter und Kinder über die Arbeit, die kaum durch Wahlzeiten unterbrochen wird. Sie fertigen mit der Geschwindigkeit, die Übung und Gleichmäßigkeit zur Virtuosität werden ließ, Puppen, die das Entzücken von Kindern draußen bilden.

Der Puppenleib wird in anderen Hütten geformt und getrocknet, Beine und Arme vielleicht im nächsten Dorf. Der Nachbar setzt die Teile zusammen und den gegossenen oder geformten Kopf darauf. Andere Hände fügen die Schlaflaugen ein, Kinderhände ordnen die Haare. Diese kommen von den abgeschrittenen Köpfen der chinesischen Sträflinge, und in den staubigen Wust greifen Kinderfinger ordnend und säubernd ein. Sorgfältig, kunstvoll scheiteln sie die Strähnen. Junge Arbeiterinnen machen in

fieberhafter Hast Perrücken und kleben sie auf die Puppenköpfe. Die Friseurinnen richten elegante moderne Frisuren mit durchgewundenen Haarbändern und schlingen den ganzen Tag die feinen Härtchen um die Lockenscheren. Die Verdunstung des Spiritus schlägt sich im Zimmer nieder, dazu das brandige Qualmen der Haare und der Geruch des heißen Leims, der die Locken fest zusammenklebt. Man sieht nur Hände fliegen in unmöglicher, nie ermattender Geschwindigkeit. Die Scheren klappen, und aufmerksame blasse Mädchengesichter senken sich auf die Arbeit herab, die ihnen Gesundheit, Jugend und Leben frist. Burschen und Mädchen bemalen die Puppen, pointieren das süße Lächeln, die Grübchen und zaubern gesunde, blühende Lippen auf die toten Gesichtchen, die ausdruckslos in die vergrämten Arbeitsmienen starren und dem spielenden Kinde draußen in der Welt nichts von der Gebärde der Not und der Gershundenheit verraten.

In Fabriken werden die Puppen fertig angekleidet. Zuschneider führen die Modeschnitte aus und Näherinnen „sticken“ die bunten, seidenen, duftigen Stoffe zu Kleidchen zusammen. Nur das billige Unterzeug näht die Heimarbeiterin. Sie macht es so billig, daß sich die Anfertigung in der Fabrik nicht lohnt. Ruhelos schaffende Menschenhände sind billiger als die Maschine, die Massen auswirft, aber die Raum braucht und erhalten sein will. Der Heimarbeiter erspart dem Arbeitgeber Werkstatt, Licht, Heizung und Materialkosten. Schirtinghemdchen werden zusammengenäht, es scheint, als flögen die Spizen und schmückenden Bändchen von den hastenden Händen an, so häuft sich die fertige Arbeit. Die Maschen der Strümpfe werden von der Mutter durch die Maschine gejagt, und kleine Hände ziehen die Strümpfe über das Puppenbein und schließen säuberlich und flink die Naht. Zuletzt kommt der weiße Puppenschuh aus Satin.

Der Puppenschuh besteht aus sechs Teilen: aus dem weißen Satinschaft, zwei Pappdeckelsohlen, von denen die untere gelb lackiert ist und aussieht wie eine Ledersohle, aus einem schmalen Stoffschragstreifen, mit dem die Schuhe an der Kante eingefast werden, und einer Blechsnalle, durch die eine einfache weiße Stoffschleife gezogen wird. Über ein Holzbein, das sich am Ende zum Schuhleisten ausformt, zieht das Kind den weißen Stoffschiff. Auf dem Tische steht immer ein Spiritusgefäß, aus dem eine kleine Flamme schlägt, über der in einem Töpfchen der Leim flüssig erhalten wird. Diese Flamme ist qualmend niedrig geschraubt, damit am Spiritus eine Kleinigkeit gespart werde — ein Irrtum das, denn die stickige Luft verzehrt eher mehr Spiritus. Das Kind schiebt eine Pappdeckelsohle zwischen den Schaft und leimt mit einem Holzstäbchen die Schaftkante an der Sohle fest. Darüber klebt es die glänzende gelbe Untersohle. Nun wird der lange schmale Schirtingstreifen mit Leim befeuchtet und um die Kanten des Oberschuhs als Einfassung geklebt. Ganz sorgfältig, genau, an den Ecken mit schmalen, kaum sichtbaren Fältchen. Durch die Blechsnalle wird die Schleife gezogen und in der Mitte als Abschluß und Zierde aufgeklebt. Der Schuh ist fertig und wird in der Fabrik mit Bändchen an die Puppenfüße gezogen.

Die sechs Teile des Puppenschuhs bekommt die Heimarbeiterin fertig gestanzt vom Fabrikanten. Der „anständige“ Arbeitgeber gibt das Material, ein anderer läßt die Arbeiterin dafür auskommen. Die mühselige, pünktliche Arbeit wird so bezahlt: Für 24 Stück Schuhe, die 8 Zentimeter groß sind, bekommt die Heimarbeiterin 8 Pf. Für die kleinen $3\frac{1}{2}$ Zentimeter großen, die „sizer gehen“, 4 Pf. Eine Arbeiterin, die nicht innehält, kann es bei aller Handfertigkeit zu 12 Stück großer Puppenschuhe in der Stunde bringen. Also für sorgsames Zusammen- und Festkleben von je sechs Teilen, von 72 Teilen in der Stunde bekommt sie den Lohn von 4 Pf. Vier Pfennige für eine Arbeitsstunde. Wenn die Frau neben der häuslichen Arbeit und der Versorgung des kleinsten Kindes bis Mitternacht oder später, wenn sie ungestört zur Arbeit kommt, 10 Arbeitsstunden herauschindet, so hat sie im Tag mit der Nacht 40 Pf. verdient. Für zehn Stunden Arbeit vierzig Pfennig. Und wenn ihr zwei bis vier Kinder nach der

Schule und die Kleinen vielleicht den Tag über behilflich sind, so kann die Heimarbeiter 80 Pf. im Tag abwerfen. Eine Witwe könnte also mit ihrer Familie den Tagesverdienst von 80 Pf. erwerben. Eine einzelne Person kann kaum etwas verdienen, die Heimarbeiter brauchen Kinder, viele Kinder.

Der angegebene Verdienst gilt nur für die Zeit der strengsten Arbeitshäufung. Puppenschuhe zu leimen ist eine heikle Arbeit. Die Heimarbeiterin erhält vom Arbeitgeber oft Dutzende von gelieferten Schuhen zurück, wenn sie nicht sauber geleimt sind, wenn ein Fleckchen auf den Stoff gekommen ist oder ein Fältchen sich verschoben hat. Davon hat die Arbeiterin Ärger, Lohnschaden und viel Zeitverlust. Die Arbeiterin spart am Licht und leimt im Dunkeln. Die kleinen Kinder stehen und sitzen im Dämmerlicht und tun mechanisch ihre Arbeit, und die gequälten Augen suchen sich mit doppelter Aufmerksamkeit zurechtzufinden. Das langsame Qualmen der Spiritusflamme dringt in den Hals, in Nase und Augen der arbeitenden Kinderchen und durchstößt die Stube, in der die Luft um Mitternacht ganz stickig geworden ist. Die Wärme darf man nicht aus dem Fenster hinauslassen bei dem Mangel an Heizmaterial! In der Ecke, zwischen Betten und dem Ofen eingeklemmt, ist die Wiege des Neugeborenen, dessen junge schwache Lungen die verdorbene, die giftige Luft einatmen. Ein verdecktes, schwächtiges Kindlein, in dessen großen Augen schon das Wehe dieser Armen liegt.

Vor Weihnachten, schon im November, sind die Kaufleute mit Spielzeug für die ganze Welt versehen. Dann kommt für die Heimarbeiter die schwere Hungerzeit, die oft bis vor Ostern fort dauert. Diese Zeit benötigen Fabrikanten und Kaufleute, die Agenten und Verteiler der Waren, die Lohnpreise so herabzudrücken, wie es nur der blutarme Heimarbeiter bei der größten Entbehrung in seiner unglaublichen Bedürfnislosigkeit duldben und seufzend ertragen kann.

In Sonneberg, der Hauptvertriebsstadt der Spielwaren, sitzen die Kommissionäre und erwerben in kurzer Zeit Tausende, Hunderttausende und Millionen. Sie wohnen in Herrschaftssitzen, deren Pracht und Reichtum das Werk grausamer Menschenknechtung ist. Die brutale Macht des Besitzes zieht das Lebensblut der Heimarbeiter in Tropfen aus, und die blutigen Tropfen der Hingeschlachteten werden in ihren Verbrecherhänden zu Gold. Sie treibt aus den lebensarmen Körpern immer mehr die menschlichen Bedürfnisse aus und jagt in die Hütten jener Wälder eine Not, die nicht mehr gedacht werden kann. Diese Not verkriecht sich auf Höhen und in Tälern in den armen Dörfern Neufang, Blechhammer, in Judenbach und Lauscha. Wer die verlorenen Orte aufsucht als sehender, führender Mensch, der vernimmt den Schrei des Elends. Die kapitalistische Macht deckt mit Waren und hohen blendenden Summen des Wohlstandes die Verbrechen und das Elend zu. Nicht genug, daß die Kapitalisten das Elend nicht sehen, daß sie geschaffen, sie leugnen es. Ein Kaufmann erklärte einmal in naiver Gewissenlosigkeit, daß es ihm gleich gelte, ob er mit „Guano oder mit Spielwaren“ handle. Solchen verrohten Geschäftscreaturen ist eine fleißige, kunstfertige Bevölkerung hilflos ausgeliefert, denn die Arbeitgeber und Kaufleute sind organisiert, sie haben das Monopol der Spielwarenindustrie, aber der in Dörfern und Hütten zerstreut wohnende Heimarbeiter steht oft genug außer allen Zusammenschlüssen. Ihn allein trifft auch die Geschäftsstockung. Wenn in Amerika — Nordamerika ist der Hauptabnehmer von Spielwaren — Krisen eintreten und der Yankee seinen Spielwareneinkauf herabsetzt, so spürt das nicht der Kaufmann, sondern es trifft in voller Wucht den Heimarbeiter, der seine Spielsachen so billig an den Fabrikanten liefern muß, daß dieser und der Agent möglichst wenig am Profit einbüßen. Der Heimarbeiter bezahlt außerdem dem Händler, dem Reisenden seine Rohstoffe viel zu teuer, er verfällt oft diesen Lieferanten in Schuldenlast. Und in seiner eigenen Familie züchtet der Heimarbeiter die Konkurrenz, denn er begreift noch nicht, daß die Kinderarbeit seine Bedürfnisse und den Lohnertrag immer mehr herabdrückt. Wollte man dem Heimarbeiter noch bedürfnislosere Menschen, Kulis, als Lohn-

drücker entgegensetzen, er würde sofort das Sinken seiner Lebenslage begreifen, aber er erkennt nicht die Konkurrenz, die ihn in seiner eigenen Stube erdrückt, und an der sein Fleisch und Blut zugrunde geht.

Niemand hatte sich um die Verkümmern dieser Tausende Menschen gesorgt. Da war es die Sozialdemokratie, die Licht in das grauenhafte Dunkel kapitalistischer Ausbeutung und Verfinsternung brachte. Die aufgedeckte, was grenzenlose Geschäftsgier an tiefster Menschenentwürdigung und Zerstörung vergraben hatte in Schluchten und Täler, die verborgen waren.

Heute sind viele Thüringer und Meininger Heimarbeiter organisiert. Dieser Menschenschlag, der sich mit entbehrendem Körper durch Hungerjahre geschleppt hat, besitzt eine stark gebliebene Intelligenz. Hierig vernehmen die Heimarbeiter die Kinder ihrer Menschenrechte. Sie wissen, daß die Hilfe von ihnen selbst kommen muß, daß ihre Zahl zwingen kann, wenn sie wissen und wollen. Sie kennen die Pflicht gewerkschaftlicher Organisation, öffentlicher politischer Betätigung, sie erkennen, daß sie nur mit ihrer Partei, wenn deren Macht gestärkt wird, Schutzgesetze gegen den ausfaugenden Kapitalismus erzwingen können. Dazu fordern die arbeitenden Männer und die tätigen Frauen gemeinsam gleiche Rechte. Bei nimmerruhender Arbeit können sie über neues Werden, über die geistigen Werte des Proletariats sinnen. Zerstörtes Menschenleben ballt sich über den Gewaltigen, den Unterdrückten zusammen. Aus den stillen, armen Orten der Heimarbeiter kommt ein Schrei, der nicht mehr verstummt, sondern aufreizend durch die Welt dringt. Der Todesschrei der Not, der Ruf der Erwachenden. Elise Belli.

Die Proletarier der Gifthütten rühren sich.

Eine außerordentlich ergiebige, von keiner Arbeiterfürsorge getrübe Quelle von Gewinn für die Kapitalistenklasse ist die chemische Industrie. Die Wissenschaft der Chemie selbst ist das ureigenste Kind der kapitalistischen Produktion, hat sich an ihr und mit ihr entwickelt und zahlt ihr reichlich dafür, indem sie die Arbeitsprozesse revolutioniert, einträglicher gestaltet und unaufhörlich neue Ausbeutungsmöglichkeiten schafft, wie das die Maschine tut. Die vielen proletarischen Kopfarbeiter, die im Dienste der chemischen Industrie stehen, die Gelehrten, die in Laboratorien forschen, welche nur Anhängel industrieller Betriebe sind, erweisen, daß die vielberufene „Unabhängigkeit der Wissenschaft“ ein Märchen ist, und daß das Kapital auch „die Männer der Wissenschaft in seine bezahlten Lohnarbeiter verwandelt“. Und wahrhaftig, die Kapitalisten, welche die chemische Industrie beherrschen, verstehen dieses Geschäft aus dem ff. Man erinnere sich der schamlosen Verträge, welche das wissenschaftlich gebildete Personal der einschlägigen Unternehmungen binden.

Aber ist das ausbeutende Kapital in der chemischen Industrie den Kopfarbeitern gegenüber schamlos, so läßt es die Profitgier bei der Auswucherung der Handarbeiter verbrecherisch werden. Das Gold ist ihm alles, der lebendige Mensch nichts. Während laut der Statistik des preussischen Staates das in Aktiengesellschaften angelegte Kapital 1907 eine Rente von 8,6 Prozent abwarf, „verdienten“ die Kapitalisten in der chemischen Industrie 16,6 Prozent, die Besitzer und Anteilhaber der Farbenfabriken „arbeiteten“ gar 26,8 Prozent heraus. Ein so hoher Gewinn ist nur möglich, wenn der ganze Apparat kapitalistischer Kniffe in Bewegung gesetzt wird, der unbelümmert um die Forderungen eines „humanen“ Jahrhunderts alles rücksichtslos beiseite schiebt, was den Profit schmälert, der Ausbeutung Schranken setzt. Da — „führen alle Wege nach Rom“. Hungerlöhne bei Arbeitsbedingungen, die — gefährlicher als in anderen Betrieben — Leben und Gesundheit der Arbeitenden täglich und stündlich aufs Spiel setzen, brutale Niederbüttelei aller Koalitionsversuche vermittelt schwarzer Listen, Schikanen aller Art: nichts fehlt in der „modernen“ Praxis der Herren, die die Wissenschaft vor ihren goldenen Wagen gespannt haben.

Fast für alle chemischen Unternehmungen sind Betriebskrankenkassen eingeführt. Sie sollen es verhindern, daß sich ein Arbeiter den „Luxus“ einer Krankheit erlaubt, solange er noch Arm und Bein regen kann. Jeder, der das Unglück hatte, weniger widerstandsfähig gegen die furchtbaren Einflüsse seiner Beschäftigung zu sein, zu erkranken, ehe er eine längere Tätigkeit an seiner Arbeitsstelle hinter sich hat, fliegt als „Simulant“ erbarmungslos aufs Pflaster. Die gesundheitschädlichen Arbeitsbedingungen in den chemischen Betrieben sind jedoch so schwer und die Maßregeln zu ihrer Milderung so gering, daß die Betriebskrankenkassen trotz alledem eine weit höhere Zahl von Erkrankungen aufweisen als die Krankenkassen des Reiches. Während nämlich auf je 100 Versicherte sämtlicher Krankenkassen des Reiches jährlich 30 bis 40 Erkrankungsfälle kommen und alle Betriebskrankenkassen zusammen 40 bis 50 Fälle ergeben, beläuft sich die Zahl in den Krankenkassen der chemischen Industrie auf 70 bis 80. Die Statistik der Farbenfabrik in Leverkusen, in der 3400 Arbeiter beschäftigt sind, weist für das Jahr 1908 die blutigen Ziffern von 42 Todesfällen und 11531 Erkrankungen mit 60088 Krankheitstagen auf. Die grauenhaften Zustände in der chemischen Industrie haben ihren Opfern den zutreffenden Namen „Gifthüttenproletarier“ verschafft. Und da die Unternehmer das Geschäft der Ausbeutung nach klassischen Mustern betreiben, ist selbstverständlich für „Verbindungen“, für „politischen Rückhalt“ reichlich gesorgt. Ehemalige Regierungsräte, aktive Parlamentarier und andere einflußreiche Herren bekleiden bei chemischen Unternehmungen fürstlich bezahlte Posten, und vor ihrem Einfluß macht der dringend gebotene gesetzliche Schutz der Arbeiterschaft respektvoll Halt.

In der vorzüglich funktionierenden Mühle der kapitalistischen Blutmacherei werden die Nerven der Proletarier zermalmt, wird ihr Blut vergiftet. Doch nicht allein physisch werden die Ausgebeuteten zugrunde gerichtet, die raffinierte Auswucherung ihrer Arbeitskraft lähmt auch ihren Geist, zermürbt ihre Energie. Stumpfsinnig und gleichgültig stand lange die große Masse der Gifthüttenproletarier den gewerkschaftlichen Aufklärungs- und Organisationsbestrebungen gegenüber. Endlich ist es den jahrelangen rastlosen Bemühungen des Fabrikarbeiterverbandes gelungen, eine Bresche in die Mauer dieser Indifferenz zu legen. Die Arbeiterschaft der chemischen Industrie erwacht zur Erkenntnis ihrer Pflicht, gemeinsam den Kampf gegen die Vernichtung ihrer Gesundheit und Lebenskraft, ihres Menschentums aufzunehmen. Sie beginnt den Weg zur Gewerkschaft zu finden, sie tritt geschlossen anklagend, Reformen fordernd vor die breiteste Öffentlichkeit.

Der erste Kongreß der Arbeiter und Arbeiterinnen der chemischen Industrie konnte am ersten Pfingstfeiertag in Frankfurt a. M. tagen. Sein Hauptzweck war, durch einwandfreies Tatsachenmaterial die Forderung eines wirksamen gesetzlichen Schutzes für die Viertelmillion Gifthüttenproletarier zu begründen und möglichst viele Kräfte dafür zu mobilisieren. 106 Delegierte der chemischen Arbeiter aus allen Teilen Deutschlands nahmen an dem Kongreß teil. Gemeinsame Klasseninteressen und Solidarität mit den so schrankenlos Ausgebeuteten hatte Vertreter der Maschinisten und Heizer und des Fabrikarbeiterverbandes herbeigeführt. Das Institut für Gewerbehygiene zu Frankfurt a. M., die Gewerbeinspektionen für Stadt und Landkreis Frankfurt, für Offenbach, Darmstadt, Speier und Karlsruhe hatten Vertreter entsendet. Wissenschaftliches Interesse und menschliche Teilnahme hatten den angesehenen Sachverständigen Professor Dr. Sommerfeld zur Beteiligung bestimmt. Das Reichsamt des Innern dagegen hatte abgelehnt, sich am Kongreß vertreten zu lassen.

Es hatte seine guten Gründe dazu. Referate wie Diskussionsreden der delegierten Arbeiter waren eine einzige Anklage gegen das skrupellose Kapital in der chemischen Industrie. Es fehlt in den Betrieben an hygienischen Einrichtungen, an ärztlicher Fürsorge, es mangelt die sachverständige Kontrolle, die Arbeiter an der Seite von unabhängigen Ärzten zu üben hätten. Andere schwere Mißstände aller Art machen sich breit.

Die Arbeitszeit, die gerade entsprechend den gesundheitlichen Gefahren eine kurze sein müßte, wird willkürlich ausgedehnt. So unter anderem in Nadebeul bei Dresden, wo bei 14 bis 15stündiger Arbeitszeit das Morphinumgift in einem Keller gestampft und gesiebt wird. Die Forderung einer verkürzten Arbeitszeit zieht sich denn auch wie ein roter Faden durch die Berichte der Delegierten. Die Vertreter der Gummi-, Streichholz-, Pulver-, Kunstdünger-, Schallplatten- und Zelluloidfabriken deckten Zustände auf, berichteten von Arbeitsbedingungen, bei deren Schilderung der Atem zu stocken droht. Die Luft der Betriebe ist erfüllt von giftigen Gasen und Staub, von scharfen Dünsten. Die gesundheitlichen Gefahren werden erhöht durch Mangel an Abzugskanälen und Luftlampen. Nicht bloß chronische Erkrankungen einzelner Organe sind den Arbeitern sicher, sondern es droht ihnen auch ständig die Gefahr einer schnell wirkenden Vergiftung, die sie zu lebenslangen Krüppeln macht. Die Unsumme gesundheitschädlicher Einflüsse trifft Behtausende proletarischer Frauen besonders hart, die in chemischen Betrieben verschiedenster Art fronen. Der Sachverständige Professor Dr. Sommerfeld, der über die Vergiftungsgefahren in der chemischen Industrie referierte, anerkannte, daß eine verkürzte Arbeitszeit die gesundheitlichen Schädigungen der Arbeiterschaft wesentlich vermindern würde. Er wies auf den engen Zusammenhang zwischen den Gefahren in den Gifthütten und den mangelhaften Schutzvorrichtungen hin und betonte die Notwendigkeit einer Kontrolle der chemischen Industrie durch hygienisch vorgebildete unabhängige Ärzte. Strenge Vorschriften über Isolierung und Absaugung müssen die Schädlichkeit der giftigen Stoffe und Gase vermindern. Als wirkungsvolles Mittel zur Bekämpfung der Vergiftungsgefahren bezeichnete Professor Sommerfeld auch die Verwendung von Ersatz, den die Wissenschaft für verschiedene giftige Stoffe geschaffen hat. Blei, Bleiweiß, Schwefelkohlenstoff können durch unschädliche Mittel ersetzt werden. Der weiße mörderische Phosphor ist bereits beseitigt.

Über die wirtschaftliche Lage der in den Gifthütten beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen referierte Genosse Schneider. Genosse Brey behandelte die Gesetzgebung in der chemischen Industrie. Die Referate wie die an sie anknüpfende Diskussion erbrachten reichliches Material über niedrige Löhne, lange Arbeitszeit, mangelnden gewerblichen Schutz, haarsträubende wirtschaftliche Knechtung und unerträgliche Beschränkung der Koalitionsfreiheit. Aber auch hiervon heißt es: Dräng des Unternehmertum könnte nicht so ausbeuterisch sein, wenn die Arbeiter nicht so sklavisch wären. Furchtbar rächt es sich an den Gifthüttenproletariern, daß sie nicht schon früher an ihren Ketten gerüttelt haben. Nicht auf die „Einsicht“ ihrer skrupellosen Ausbeuter, nicht auf die „soziale Fürsorge“ des Staates dürfen sie rechnen, sondern einzig und allein auf die eigene Kraft, auf die Macht der Organisation. Daher gipfelten denn auch die Resolutionen beider referierenden Genossen in der dringenden Aufforderung an die Sklaven des Gifthüttenkapitals, sich in immer größeren Scharen dem Fabrikarbeiterverband anzuschließen und für ein menschenwürdiges Dasein zu kämpfen. Möge dieser Ruf nicht ungehört verhallen. ed.

Aus der Bewegung.

Ernst Deinhardt † Als die letzte Nummer dieses Blattes im Druck war, kam die schmerzliche Kunde, daß der Tod der Laufbahn, dem Kampf unseres Genossen Deinhardt ein Ziel gesetzt hatte. Viel zu früh, nicht bloß für die Seinigen, sondern für das klassenbewußte Proletariat, dessen großer Sache der Verstorbene mit außerordentlicher Treue und Energie gedient hat. Deinhardt's Lebensgeschichte war die des aufgestellten Proletariats, den seine geistigen Kräfte bald in die vordersten Reihen seiner kämpfenden Klassengenossen stellten. Mit eisernem Fleiß, unter Entbehrungen hatte er seine Wegabergung zur Entfaltung gebracht, und bis zum letzten Atem widmete er sie redlich der Befreiung seiner Brüder und Schwestern. Ganz besonders ist ihm der Deutsche Holzarbeiterverband zu dauernder Dankbarkeit verpflichtet, denn sein Organ hat sich unter Deinhardt's Leitung zu einem der bes.

redigierten Gewerkschaftsblätter entwickelt. Wir haben in Genossen Deinhardt einen Mitarbeiter verloren, dessen wertvolle Beiträge uns stets willkommen waren. Und wir empfingen sie um so dankbarer, als wir wußten, daß ein vom Tode gezeichnete Mann sie der höchsten Ungunst der Umstände abtrotzte. Deinhardt wurde von einem tuberkulösen Leiden verzehrt, das ihm schon vor Jahren ein Bein geraubt hatte. Vom Fieber geschüttelt, von unerträglichen Schmerzen gequält, sich gegen das Versagen der körperlichen Kräfte verzweifelt wehrend, hat er gearbeitet, konnte er arbeiten, weil die Kraft seines Willens wieder und wieder über den siechen Leib triumphierte. So ist er wirkend, kämpfend bis zu Ende gegangen, einer jener Helden, wie sie der sozialistische Gedanke aus dem Proletariat erschafft, und vor deren stillen Heroismus jedes Tages der Ruhm mancher vielbesungenen Fürsten und Feldherren verbleicht. Wir halten das Andenken dieses Tapferen und Treuen in Ehren!

Von der Agitation in Ostelbien. Im Dorado der jungerlichen Schnapphähne haben die Vorkämpfer der sozialistischen Weltordnung einen schweren Stand. Versammlungsverbote, Saalabtreiberien, Polizeischikanen aller Art: das sind die Blüten aus den Mistbeeten unseres Klassenstaates, die den Genossinnen und Genossen zum Strauß gewunden werden. So ist's auf dem Lande, so ist's in den Städten. Die gesetzlich gewährleisteten Rechte werden für die Arbeiterklasse unter den lächerlichsten Vorwänden außer Kraft gesetzt. Der in Preußen doch so übel beleumdete „Terror“ erhält anstandslos die obrigkeitliche Sanktion, wenn er gegen die bösen Umstürzler gerichtet ist. So wurde in Jastrów dem Wirt, der sein Lokal den Genossen zur Verfügung stellt, die Polizeistunde aufs äußerste beschränkt. In Flatow wurde die Versammlung, die für den 23. Mai unter freiem Himmel einberufen worden war, vom Bürgermeister aus hauptsächlichsten Gründen verboten. Der gute Mann fürchtete wohl, daß der Himmel eingestürzt wäre? Die Versammlung sollte nunmehr an einem anderen, völlig sicheren Orte abgehalten werden. Sie wurde jedoch sofort nach ihrer Eröffnung aufgelöst, da der famose Herr Bürgermeister der Polizei die zweite Anmeldung zu spät mitgeteilt hatte. (Ob dies ohne Absicht geschehen ist, lasse ich vollkommen dahingestellt.) So wurden die Flatower Arbeiter und Arbeiterinnen davor bewahrt, sich über den geplanten Millionenraub und über die neuesten Kostäuschertnisse unserer „Edelsten und Besten“ aufklären zu lassen.

In Schlochau haben die wenigen Genossen und Genossinnen unter doppelt schweren Bedingungen zu kämpfen. Es stehen ihnen nicht nur die Behörden mit allem, was drum und dran hängt, feindselig gegenüber, sondern die ganze Masse der dortigen Bevölkerung. Trotzdem herrscht ein guter Geist in der kleinen, erst kürzlich gegründeten Organisation. Es fehlt in Ost- und Westpreußen noch vielfach die wichtigste Vorbedingung für unsere Bewegung — das von allen Überlebigen alter Besitzverhältnisse losgerissene Proletariat. Darum ist es doppelt zu bedauern, daß in Orten, wo diese Vorbedingung reichlich gegeben ist, wie in der rein industriellen Stadt Elbing, es noch nicht möglich war, größere Massen für die Organisation zu gewinnen. Die Partei zählt dort seit neuester Zeit etwas über 200 Mitglieder, darunter 7 weibliche. Die Ortsgruppe des Labarbeiterverbandes umfaßt insgesamt nicht einmal 20 Personen. Dabei beschäftigt allein die Firma Loefer & Wolf mehrere tausend Arbeiterinnen. Aber sie sowie die vielen Tausende ihrer männlichen Klassengenossen sind noch vollkommen indifferent. Die für Elbing vorgesehene Versammlung mußte wegen des schlechten Besuchs ausfallen. Besser fand ich die Verhältnisse in Danzig, Odra und Graudenz. Die Versammlungen waren gut besucht und brachten uns eine Reihe neuer Kämpfer und Kämpferinnen. In Marienwerder, wo bisher 68 Genossen organisiert waren, erhöhte sich die Mitgliederzahl durch die Versammlung auf 125. Ergah 45 Frauen traten der Organisation bei. Für den kleinen Ort ein recht erfreulicher Anfang.

In Ostpreußen war es die Stadt Tilsit, in der nunmehr ebenfalls der Grundstein zu einer zielbewußten Bewegung der Proletarierinnen gelegt wurde. 26 Frauen wurden dort für unseren Kampf gewonnen. Auch in Memel wurden dem alten tapferen Häuslein der Klassenkämpferinnen neue Streiterinnen zugeführt. In der dortigen Versammlung kam es durch das Eingreifen einer alten Genossin zu einer erfreulichen Diskussion. Knigssberg, die Stadt der durch den Jammerfreisinn bis auf die Knochen kompromittierten Vernunft, zählt schon seit geraumer Zeit einen tüchtigen Stamm arbeitsfreudiger Genossinnen, die sich mit Hingebung der Sache des Proletariats widmen. Die Genossen und Genossinnen in Ost- und Westpreußen können mit freudiger Genugtuung auf ihre bisherige Tätigkeit zurückblicken. Der Boden ist bestellt, der Same ausgestreut. So wird auch die Ernte nicht ausbleiben. W. Selinger.

Bericht der Dresdener Kinderschulskommission. Wie bisher hat die Kinderschulskommission der Dresdener Genossinnen auch im vergangenen Jahre dem Erziehungs- und Ziehlinderwesen, der Kinderfürsorge und der gewerblichen Kinderarbeit ihre vollste Aufmerksamkeit und Tätigkeit gewidmet. Welche Fälle von Elend lernte sie da kennen! In 30 Fällen sah sie sich genötigt, wegen Mißhandlung von Kindern durch Eltern und Pflegeeltern einzugreifen. In 23 Fällen mußte die Fürsorgetätigkeit der Kommission eintreten. An den meisten Mißhandlungen und Vernachlässigungen der Kinder sind die sozialen Verhältnisse schuld, unter anderem die traurigen Wohnungsverhältnisse und die große Arbeitslosigkeit. Nur einige Beweise dafür sollen herausgegriffen werden. Der Kommission wurde ein 1½ Jahre altes Mädchen gebracht, das Hände und Füße erfroren hatte. Der Vater des Kindes war arbeitslos, dazu ein Trinker, die Mutter den ganzen Tag auf der Arbeit und die Kinder bei grimmiger Kälte nur notdürftig gekleidet in der ungeheizten Wohnung allein. Der größte Knabe, 5 Jahre alt, mußte die zwei kleineren Geschwister beaufsichtigen. Die Mitglieder der Kinderschulskommission gingen mit dem kranken Kinde zur Wohlfahrt und zum Arzt. Dieser stellte ein Zeugnis aus, in dem er betonte, daß das Kind dringend der Aufnahme in einer Anstalt bedürfe. Im Besitz dieses Zeugnisses brachten die Genossinnen das Kind in das Findelhaus und glaubten es nun gut versorgt. Aber weit gefehlt! Nach langem Hin und Her mußten sie es wieder mitnehmen und leider in die elterliche Wohnung zurückbringen. Genossin Lewinsohn schilderte diesen Fall in einer Lehrerversammlung, worauf sie auf das Waisenamt bestellte und ihr Abhilfe zugesichert wurde, aber heute noch ist das Kind bei den Eltern. In einem anderen Falle hatte eine Mutter ihre vier Kinder verlassen, da ihr Mann sie sehr schlecht behandelte. Auch die Kinder, besonders der größte Knabe, der zehn Jahre alt war, hatten viel unter den Roheiten des Vaters zu leiden. Der Knabe war in der Schule schon mehrmals umgefallen und hatte längere Zeit bewußtlos gelegen. Die Genossinnen erkundigten sich in der Schule und erfuhren, daß der Junge als kleines Kind geistig krank gewesen war. Als er mit sechs Jahren in die Schule kam, hatte ihn der Schularzt untersucht, dann nicht wieder. Auch das brachte Genossin Lewinsohn in einer Lehrerversammlung vor. Sie wurde darauf auf das Schulamt bestellt und über den Sachverhalt befragt. Der Erfolg davon ist, daß von nun an sämtliche Bezirksschulkinder vor Beginn des Turnunterrichts noch einmal vom Schularzt untersucht werden sollen. — Eine Familie besaß eine große Wohnung, hatte aber an Grafen und Barone vermietet. Die Familie, die aus sechs Personen bestand, bewohnte ein einziges Zimmer. Zwei der Kinder mußten nachts auf der Treppe schlafen. Außerdem wurden die Kinder unreinlich gehalten und oft geschlagen. Auf eine Anzeige bei der Wohnungsinspektion hin erfolgte die sofortige Räumung der Wohnung. Das Vormundschaftsgericht weigerte sich, helfend einzugreifen, und so konnten die Genossinnen in dieser Sache nichts weiter für die Kinder tun. — In elf Fällen, in denen die Kommission eingriff, handelte es sich um die Beschäftigung von Kindern mit Zeitungsaustragen, in 53 Fällen mit Milch- und Frühstücksaustragen, mit Heimarbeit usw. So ließ in Plauenschen Grunde ein Lehrer seinen Sohn frühmorgens Milch austragen. Ein lungenkranker Knabe und ein nervenkrankes Mädchen waren wegen ihrer Krankheit vom Schulbesuch dispensiert. Zu Hause beschäftigte die Stiefmutter sie mit Kartonnagenarbeit. Ein Buchbinder hielt von nachmittags 2 bis abends 9 Uhr im Geschäft einen Knaben. Nach 9 Uhr mußte dieser für den Mann noch Kohlen aus dem Keller schleppen. So kam er erst nach 10 Uhr nach Hause und hatte dann noch seine Schularbeiten zu machen. Resolutes Eingreifen erforderten mehrere Übertretungen des Kinderschutzes in Bäckereien in Löbtau und Coita, in denen Schulkinder im Alter von 10 bis 13 Jahren nachts 1 Uhr bei der Arbeit angetroffen wurden. Die sämtlichen gemeldeten Fälle wurden teils durch die Gewerbe-Assistentin, teils durch die Mitglieder der Kommission selbst mit Hilfe der Wohlfahrt erledigt. Eine Hauptaufgabe der Kommission war es, die Kinder auf sittlichem Gebiet in Schutz zu nehmen. In einem Falle kamen Mädchen im Alter von 7 bis 14 Jahren in Betracht. Der Inhaber eines Barbiergeschäfts hatte sich an allen im Hause wohnenden Schulkindern unsittlich vergangen. Die Genossinnen brachten die Angelegenheit mit Hilfe des Arbeitersekretärs zur Anzeige; der Mann wurde zu mehreren Jahren Gefängnis verurteilt. Im Laufe des Jahres erging an die Kinderschulskommission von verschiedenen Gewerkschaften die Aufforderung, bei Sommerfesten die Kinderspiele zu übernehmen. Die Genossinnen sind ihr nachgekommen und haben sich die Zufriedenheit aller Teilnehmer erworben. In einem Kinderkonzert, das die Kommission im Dezember v. J. veranstaltete, erfreuten mehrere Künstler-

rinnen die Kleinen durch Gesang und Deklamation. Am Schlusse belam jedes Kind Apfel, Nüsse und Pfefferkuchen. Aus diesen Ausführungen können die Genossinnen ersehen, wie reich an Arbeit das letzte Jahr für die Dresdener Kinderschuttkommission war. Entschädigung für alle Mühe und Arbeit ist ihren Mitgliedern das Bewußtsein, vielen Kindern eine bessere Behandlung, bessere Lebensbedingungen und einige fröhliche Stunden verschafft zu haben. Auch im kommenden Jahre soll unser Lösungswort sein: „Mehr Schutz den Kindern.“
Im Auftrag der Kinderschuttkommission: Hedwig Kunze.

Politische Rundschau.

Die Unerfälllichkeit der Junker, die im Bunde mit dem Zentrum in der Rumpfkommision des Reichstags die Lasten der sogenannten Reichsfinanzreform fast völlig von sich abzuwälzen suchen, hat wahrhaftig die Handels- und Industrieburgen in Harnisch gebracht. Am 12. Juni haben sie im Zirkus Schumann zu Berlin eine imposante Protestversammlung abgehalten. Sie war vom Zentralverband der Industriellen — der berüchtigten Organisation der einflussreichen Scharfmacher der schweren Industrie — und vom Zentralverband des deutschen Bank- und Bankiergewerbes einberufen und von einer stattlichen Anzahl von Unternehmerorganisationen aller Art, Industrieverbänden, Berufsgenossenschaften, Börsenvorständen, Handels- und Maklerkammern usw. besetzt. Auch Detaillisten- und Gewerbelammern, Innungsverbände und die Deutsche Mittelstandsvereinigung waren vertreten, sowie ein paar Vereine kaufmännischer Angestellter, die noch vom Harmoniedüffel besungen sind. Das Bureau wies die bedeutendsten und „schwersten“ Männer der deutschen Unternehmerschaft auf: Ballin, Vossig, Kirdorf, Stinnes, Hilger, v. Mendelssohn, Rämpf usw. Hestige Reden wurden gehalten gegen das Steuerwert der konservativ-meritokratischen Koalition, das heißt gegen die aus der Rumpfkommision hervorgegangenen neuen Steuervorschläge, nicht etwa gegen die von der Regierung präsentierten indirekten Steuern auf den Massenverbrauch. Bei der Verteidigung ihres Portemonnaies fanden die Herren die Einigkeit, zu der sie sonst wegen der mannigfaltig auseinandergehenden Interessen der verschiedenen Gruppen nicht kommen konnten. Gegen die Agrarier, speziell gegen den Bund der Landwirte, führten die Herren auch eine Sprache, die an Entschiedenheit nichts zu wünschen übrig ließ. Besonders der Vorsitzende und erste Redner, der Vorsitzende des Zentralverbandes des deutschen Bank- und Bankiergewerbes, Geheimrat Dr. Nießer, zog rücksichtslos vom Leder. Er proklamierte den Kampf gegen die Vorherrschaft der Agrarier überhaupt und zeigte sehr treffend, daß sie nur durch eine Reform des preußischen Wahlrechtes gebrochen werden könne.

Donnernder Beifall begleitete die Reden, und unter großer Begeisterung wurde eine geharnischte Protestresolution von den 8000 Versammelten — so viel zählt die liberale Presse — einstimmig angenommen und der „Hansabund für Gewerbe, Handel und Industrie“ gegründet. Als Massenorganisation „des Bürgertums“ soll er dem Bund der Landwirte entgegentreten. Der Name des Bundes soll ein Programm ausdrücken; er soll erinnern an die stolzen Zeiten des mittelalterlichen Städtebundes, der die nordischen Meere beherrschte und trotzig mit Junkern und Königen stritt. Er sagt aber mehr, als die Gründer der neuen Organisation meinen. Die alte Hanse war die Organisation der über Kleinbürger und Bauern herrschenden Handelsaristokratie. Die neue Hanse ist die Organisation der modernen Finanz-, Handels- und Industriebarone, die nicht nur die Junker beiseite drängen, sondern auch das Proletariat und das Kleinbürgertum ausbeuten und niederhalten wollen. Offiziell heißt es natürlich, daß „Volk- und Staatswohlfahrt“ das Ziel des Hansabundes ist, und wenn dieses Aushängeschild die Proletarier verleiten würde, die Kraft ihrer Masse den Herren Unternehmern zu leihen, so wäre es denen sicherlich sehr angenehm. Indes sind die Herren, die der Versammlung das Gepräge gaben, der deutschen Arbeiterklasse viel zu gut bekannt, als daß ein solcher Versuch Aussicht auf Erfolg haben könnte. Viel zu deutlich redet die Tatsache, daß der Hansabund mit der Belastung der arbeitenden Massen durch 850 Millionen neuer Verbrauchssteuern durchaus einverstanden ist und sich empört wehren würde, wäre der Gesatz dieser Steuern durch direkte, durch Besitzsteuern zu besorgen.

Selbst dem Blindesten müßte übrigens der heftige Ausfall des Kohlengewaltigen Kirdorf gegen die Arbeiterschuttfesetzgebung die Augen öffnen. Es ist in der Versammlung zwar Widerspruch gegen Kirdorfs Ausführungen laut geworden. Indes die Frage bleibt offen, welche es unter den Tausenden waren, die diesen Widerspruch erhoben, und welchen Einfluß sie auf den Kurs des Bundes haben

werden. Kirdorf war es auch, der es in dem Machtbewußtsein des einflussreichen Industriemagnaten nicht über sich gewinnen konnte, seine abweichende Meinung über die Erbschaftsteuer zu unterdrücken. Ein Anzeichen davon, daß im Schoß des neugebackenen Bundes erhebliche Interessenkonflikte schlummern, die seine Festigkeit und Schlagfertigkeit vielleicht gar bald auf harte Proben stellen können. Ob mit dem Hansabund als feststehendem Faktor künftig in der inneren Politik des Reiches zu rechnen ist, muß sich also erst noch ausweisen. Hält er und entwickelt er sich nach den Wünschen seiner Gründer, so bedeutet das für die bürgerlichen Parteien ein Zerlegungserment mehr; eine Vermehrung und Verdeutlichung ihrer Abhängigkeit von wirtschaftlichen Interessengruppen. Das eigentliche Wesen der bürgerlichen Parteien als Vertretungen bestimmter Kapitalistengruppen wird dann weit schärfer noch als bisher sichtbar werden. Das ist eine Entwicklung, die die Sozialdemokratie nicht zu bedauern hätte. Je klarer das Wesen der Parteien zutage tritt, um so mehr Aussicht ist für sie, für sich die großen Scharen Proletarier und verwandter Schichten zu gewinnen, die heute noch bürgerlichen Parteien folgen. Allerdings darf das Proletariat die neue mächtige Organisation der kapitalistischen Unternehmerschaft als Feind nicht unterschätzen. Der Kampf ist jedoch kein Element, in dem es erstarkt und reift.

Die Empörung der Träger des beweglichen Kapitals gegen das Attentat der Junker und des Zentrums auf ihren Geldbeutel hat die Reichsregierung übrigens schon vor der Versammlung im Zirkus Schumann zu spüren bekommen. Die einflussreichen Herren der großen Finanz und der Industrie haben ihre Beziehungen zu Regierungsstellen und zum Hofe ausgenützt. Der von Ballin informierte Kaiser soll den Junkern grollen. Und da auch die süddeutschen Bundesregierungen an der Erbschaftsteuer festhalten, so ist dem Reichskanzler das Rückgrat gegen seine geliebten Agrarier ein wenig gesteißt worden. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ hat einige halbwegs energische Wendungen gegen das Werk der Rumpfkommision aufgebracht. Bezeichnenderweise spricht sie sich aber gleichzeitig für eine stärkere Belastung von Branntwein und Tabak aus, als sie die Kommission vorgeschlagen hat. Nicht minder bedeutsam ist es, daß sie lediglich Abgaben für unannehmbar erklärt, welche der Börse und Großindustrie zuwider sind: nämlich die Wertpapiersteuer, die Mühlenumsatzsteuer und den Kohlenausfuhrzoll. Gegen Kaffee- und Teezoll und die Streichholzsteuer verlautet kein Sterbenswörtchen. Am Vorabend des Wiederzusammentritts des Reichstags will die Regierung neue Steuerprojekte bekannt geben, die auf einer Zusammenkunft der Finanzminister der Einzelstaaten ausgearbeitet worden sind. Neben einer sehr milden Erbschaftsteuer, die den Großgrundbesitz fast ganz frei lassen würde, soll sich darunter auch eine entschieden zu verurteilende Steuer auf Feuerversicherungs-policen befinden. H.B.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Außer kräftigen Frontangriffen gegen die Sozialpolitik, welche dem Proletariat wahrlich wenig genug gibt, versuchen die Scharfmacher auch Flankenangriffe, Überfälle und Buschkleppereien gegen die Arbeiterklasse selbst, um ihr die Errungenschaften wieder abzujagen, die sie in zähem, opferreichen Ringen dank ihrer Organisationen erobert hat. Neuerdings hat im scharfmacherischen Lager jemand gegen die Tarifverträge vom Leder gezogen. Ein großer Teil der politischen Parteien und theoretischen Sozialpolitiker, so wurde behauptet, sei von der Idee der Tarifverträge hypnotisiert und wirke für ihre Ausbreitung in allen Gewerbezweigen. Die Befürworter der Neuerung bedächten jedoch nicht, daß Tarifverträge nur auf Kosten der Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt und zum Schaden der Konsumenten und Steuerzahler abgeschlossen werden könnten. Wer die Machtgelüste der Gewerkschaftsangeestellten kenne, der wisse, daß sie danach strebten, den inneren Geschäftsbetrieb der Unternehmungen entscheidend zu beeinflussen. Von den Zugeständnissen weiterer Vergünstigungen für das Arbeitspersonal werde wie von etwas Selbstverständlichem geredet und so fort. Das Gerede soll dem Publikum Sand in die Augen streuen, um die Tatsache zu verdunkeln, daß die Herren Scharfmacher lediglich gegen die Tarifverträge hehen, damit das kapitalistische Unternehmertum sich ungehindert die Taschen auf Kosten der ausgebeuteten Lohnarbeiterschaft füllen kann. Ganz besonders soll auch den staatlichen und städtischen Behörden davor graulich gemacht werden, ihre Arbeiten nur an tariftreue Firmen zu vergeben. Der Vorstoß des kapitalistischen Skopffechters dürfte jedoch erfolglos bleiben. An die Gemeingefährlichkeit der Tarifverträge glaubt heute kein halbwegs vernünftiger Mensch mehr.

Im Hamburger Baugewerbe ist es zu einer großen Aus-sperrung gekommen. Nach den letzten Nachrichten, die uns vorliegen, während wir dieses schreiben, sind 8000 Maurer, Bauhilfsarbeiter, Zimmerer und Stukkateure ausgesperrt, ungefähr 50 Prozent der in Betracht kommenden Arbeiterkraft. Der Baugewerbeverband, dem 18 Zünfte und Vereine angehören, hatte verfügt, daß sämtliche Betriebe im Bereiche des Vierstädtebundes Hamburg, Altona, Wandsbeck und Harburg stillgelegt werden sollten, wenn nicht die von den Betonarbeitern verhängten Sperrungen aufgehoben und die von den Bauarbeitern gestellten Lohnforderungen zurückgenommen werden würden. Die Arbeiter aber haben sich durch die Drohung nicht schrecken lassen, sie wollen vielmehr ihre Forderung durchsetzen: Erhöhung des Stundenlohnes von 80 auf 85 Pf. Der Vorsitzende des Baugewerbeverbandes überredete die Unternehmer, jede Verhandlung mit den Arbeitern abzulehnen. Die Betonarbeiter erklärten, daß die Sperrungen ihrerseits völlig zu Recht beständen, da die Unternehmer einen schmachlichen Tarifbruch begangen haben. Die Machtprobe, die die Herren Kapitalisten friivol heraufbeschwören, wird hoffentlich bei der guten Organisation der Bauarbeiter in den genannten Städten nicht mit einem Siege des Prozentums enden.

Im Münchener Baugewerbe schweben ebenfalls Differenzen. Die Unternehmer wollen, daß der von ihnen unterhaltene Arbeitsnachweis allein Arbeiter vermittelt; mit 10 Mk. soll darum jeder Unternehmer bestraft werden, der ihn nicht benützt. Das alles zu dem Zwecke, die Arbeiter beschäftigungs- und brotlos zu halten, die von den Arbeiterorganisationen nachgewiesen werden. Die Arbeiter warnten angesichts der Situation vor Zuzug nach München, wegen die Unternehmer bei den Zentralvorständen protestierten. Wie unberechtigt das Vorgehen der Herren ist, darauf wirkt eine Tatsache helles Licht. Die Münchener Stadtverwaltung lehnte es ab, die von einem Unternehmer verlangte Fristverlängerung für die Fertigstellung städtischer Arbeiten zu bewilligen, so daß der Mann gezwungen war, die Arbeitskräfte zu verwenden, die von den Arbeiterorganisationen angewiesen wurden. — In Saarbrücken stehen jetzt 1000 Bauarbeiter wegen Nichtbewilligung einer Lohnerrhöhung von 52 auf 58 Pf. pro Stunde im Ausstand.

Ein Streik von größerer Bedeutung und besonderer Eigenart ist für Kiel zu verzeichnen, und das seitens der städtischen Arbeiter. Diese verlangten in Anbetracht des teuren Lebensunterhaltes eine geringe Aufbesserung ihres fargen Arbeitsverdienstes, der nur 2,60 Mk. täglich beträgt. Der Magistrat lehnte die Forderung mit der Begründung ab, daß keine „Mittel“ für Erhöhung der Löhne vorhanden seien. Um die Mittel für „höhere“ Zwecke, wie Fürstempfangs und anderen Klimbim, pflegen bekanntlich deutsche Stadtverwaltungen nie verlegen zu sein. Die städtischen Arbeiter waren daher mit Recht der Ansicht, daß bei gutem Willen ohne Kopfschmerzen ihnen ein Stück mehr Brot geboten werden könne. Sie traten in den Ausstand. Von 104 Beschäftigten der Müll- und Fäkalienabfuhr streikten 100 Mann, von 220 im Abfuhrwesen und bei der Straßenreinigung Beschäftigten 208. Die Stadtverwaltung bemüht sich krampfhaft, Streikbrecher zu werben. Sie kammert sich bei ihrem Verhalten den Pflasterstein um die gesundheitlichen Gefahren, denen die Bevölkerung durch die Nichtbeseitigung des Unrats ausgesetzt ist. Kiel ist die nämliche „freisinnige“ Stadt, wo mit einer Fähigkeit, der die Lücke die Wage hält, daran gearbeitet wird, den Arbeitern das kommunale Wahlrecht noch über das Maß der bestehenden Beeinträchtigung hinaus zu rauben, sie auch als Gemeindeglieder so gut wie völlig rechtslos zu machen. Geldsackmacht ist dort Trumpf.

In der Textilindustrie zu Mülhausen i. G. ist es zu einer größeren Aussperrung gekommen. Bei einer dortigen Firma der Kammgarnspinnerei mußten sich die Arbeiter und Arbeiterinnen gegen eine Minderung ihres Verdienstes um 10 Prozent wehren, die durch die Lieferung schlechten Materials verschuldet wurde. Sie lehnten es ab, die Arbeit unter den harten Bedingungen aufzunehmen. Daraufhin wollten die anderen Unternehmer der Branche am Orte der Firma aus der Patsche helfen, indem sie für sie die betreffenden Arbeiten lieferten. Die Arbeiter aber weigerten sich, durch Streikarbeit zu Verrätern an ihren Schwestern und Brüdern zu werden. Die Differenzen haben nach und nach eine derartige Ausdehnung genommen, daß nur noch in einem der einschlägigen 5 Betriebe Mülhausens vollständig gearbeitet wird. Am Orte sind etwa 5000 Arbeiter und Arbeiterinnen in der Kammgarnspinnerei beschäftigt.

Eine Neuaufgabe des großen Konfektionsarbeiterstreiks ist in Stettin in den Bereich der Möglichkeit gerückt. Die Unternehmer der Konfektionsindustrie haben den Tarif geländigt und wollen jedenfalls ohne seine Bindungen nach Belieben die Arbeiter-

rinnen und Arbeiter wie Zitronen auspressen. Stettin ist ein bedeutendes Zentrum der deutschen Konfektionsindustrie. Etwa 4000 Personen fronden hier in der Kleider- und Wäschefabrikation dem Kapital, darunter natürlich zahlreiche Frauen und Mädchen, die zum großen Teil als Heimarbeiterinnen schufen. Das sprichwörtliche Glend der Konfektionsarbeiterschaft hat sich nicht wesentlich gemildert, seitdem 1906 der große Kampf die öffentliche Aufmerksamkeit mit zwingender Gewalt darauf gelenkt hat. Es begreift sich daher, daß die Stettiner Arbeiterinnen und Arbeiter nicht geneigt sind, sich ohne weiteres das Maß von Schutz und Recht rauben zu lassen, das der Tarif ihnen verbürgt. Der Verband der Schneider und Schneiderinnen, dem sie es zu verdanken haben, wird selbstverständlich auch in dieser Stunde ihre Interessen mit Treue vertreten.

Die genannte Gewerkschaft kann in letzter Zeit ansehnliche Erfolge bei Tarifabschlüssen meiden. Unter 98 abgeschlossenen Tarifen befinden sich aber leider nur wenige, welche auch den Arbeiterinnen zugute kommen. Es genügen die Finger einer Hand, um sie aufzuzählen. Bloß für die Damenschneiderei in Hamburg, in zwei Berliner Fabriken, in einer Münchener und einer Hamburger Korsettfabrik greifen die Tarife zugunsten der Arbeiterinnen in die Arbeitsbedingungen ein. Zu dieser wenig erfreulichen Tatsache sagt das Verbandsorgan: „Mit der tariflichen Regelung der Löhne der Kolleginnen dürfte es allerorts noch sehr traurig aussehen, was diese sich aber selbst zuschreiben haben. Sie stehen heute noch im großen und ganzen der Organisation fern. Ohne Organisation aber keine tarifliche Regelung der Löhne. Wollen also auch die Kolleginnen der Wohltat tariflich geregelter Löhne teilhaftig werden, dann bleibt ihnen kein anderes Mittel, als der Anschluß an die Organisation.“

Die verzeichnete Tatsache wie die Erklärung dafür muß den Genossinnen eine Mahnung sein, ihre Bestrebungen zu verdoppeln, dem Schneiderverband die zahlreichen Frauen und Mädchen zuzuführen, welche in den betreffenden Erwerbsgebieten klaglichem Verdienst nachgehen. Gerade hier kommen neben den Fabrik- und Werkstättenarbeiterinnen große Scharen Heimarbeiterinnen in Betracht, die schwer oder auch gar nicht von der Agitation durch öffentliche Versammlungen, Werkstübchenbesprechungen usw. erreicht werden. Sie müssen ganz besonders durch Hausagitation, durch Ausflüge im persönlichen Verkehr zur Erkenntnis ihrer Lage und zur richtigen Wertung der Organisation gebracht werden. Hier liegt ein gewaltig sich ausdehnendes, nie versiegendes Arbeitsgebiet für unsere Genossinnen vor. Wo andere Mittel der Agitations- und Organisationsarbeit versagen, da muß ihr persönliches Wirken einsehen, das mitsühlende, erhellende, hoffnungsreiche Wort, das die Frau zur Frau spricht. So mühsam die vorliegende Aufgabe ist, so viel Geduld und Selbstverleugnung sie erfordert, so lohnend wird sich ihre tapferen Tüchtigkeiten erweisen. Was zahllose Ungenannte und Ungelehrte leisten, das wird die wachsende Beteiligung der Arbeiterinnen am Leben und Kämpfen der Gewerkschaft, des proletarischen Emanzipationskämpfers überhaupt unvergänglich verkünden. #

Notizenteil.

Dienstbotenfrage.

Schändung durch das Dienstbuch. Das Dienstbuch wird leider immer noch von vielen Herrschaften in ruchloser Weise benutzt, um sich an einer Hausgehilfin zu rächen und ihr zeitweiliges einen Denktzettel anzuhängen. Ein Fall, der sich in Nürnberg zugetragen hat, zeigt die Erbärmlichkeit der „besseren“ Leute, die dank der Gesindeordnung ihr Mäuschen an einem bedauernswerten Mädchen kühlen können und das Dienstbuch zum Eigentum der Herrschaften erniedrigen. Der Sachverhalt ist folgender: Im Juni 1908 trat die 14jährige M. als Kindermädchen gegen einen Lohn von 9 Mk. monatlich und täglich ein Glas Bier bei dem Korsettfabrikanten Ehrecke in Stellung. Das junge Mädchen hatte Zwillinge zu warten und außerdem die Arbeiten zu leisten, die für weitere drei Kinder nötig waren. Die Arbeitszeit dauerte bis nachts 12 und 1 Uhr. Weihnachten wurde es gar 4 Uhr, ehe das arme Kind aus Schlafengehen denken konnte. Den Schlafraum teilte das Mädchen bis Weihnachten mit den drei größeren Kindern Ehreckes. Trotz anstrengendem Schaffen und ausgedehnter Arbeitszeit hielt das Ehepaar Ehrecke die Lohnabmachungen nicht aufrecht. So wurde zum Beispiel nach einiger Zeit das Glas Bier nicht mehr gegeben, und als das Mädchen das Geld dafür verlangte, hieß es: das wird für zer Schlageneß Geschirr aufgerechnet. Die Herrschaft brachte es fertig,

7,96 M. aufzurechnen: für 3 kleine Teller 2,25 M., für eine alte Kaffeekanne 2 M., eine Tasse ohne Henkel 80 Pf., einen Wagensgriff 1,20 M., eine Glocke im Vordzimmer 70 Pf. usw. Das Mädchen ließ sich eine derartige Lohnkürzung nicht gefallen und verließ am 1. Februar den Dienst. Am 2. Februar holte Ehrecke sich die M. wieder und versprach 15 M. Monatslohn, der beste Beweis dafür, daß das junge Mädchen sich als brauchbar erwiesen hatte. Versprechen und Nichthalten scheint aber eine Eigentümlichkeit Ehreckes zu sein, denn statt 15 M. erhielt das Mädchen nur 14 M. Des weiteren war der M. versprochen worden, daß sie vom Mai ab abends um 1/9 Uhr Feierabend haben und bei den Eltern schlafen sollte. Aber schon am 2. Mai kam sie erst um 10 Uhr heim und am 10. Mai überhaupt nicht: sie hatte bis tief in die Nacht hinein arbeiten müssen. Am anderen Morgen machte die Mutter die Herrschaft auf das Unpassende solcher Handlungsweise aufmerksam; sie hatte die ganze Nacht in Angst um ihre Tochter gewacht. Es wurde ihr einfach die Tür gewiesen. „Hinaus“, hieß es, „und wenn's wollen, gleich die Tochter mit.“ Die Familie Ehrecke brauchte die häßlichsten Ausdrücke, und im Dienstbuch ließ sie ihrer Gefäßigkeit die Zügel schießen. Es wurde da gesagt, das Mädchen sei untauglich. Zu bestätigen, daß es treu und ehrlich gewesen war, verweigerte die Herrschaft. Weinahe ein Jahr war das fleißige und ordentliche Mädchen bei Ehreckes in Dienst gewesen. Sein Lohn war von 9 auf 14 bezw. 15 M. aufgebessert worden. Das spricht für die Tüchtigkeit der M. Sobald aber die Mutter das zugestandene Recht ihres Kindes zu fordern wagt, wirft die noble, anständige Herrschaft Mutter und Tochter zur Tür hinaus. Damit nicht genug: das Dienstbuch muß herhalten, um den Namen des halben Kindes zu schänden, um ihm sein Fortkommen zu erschweren. Der Verband der Hausangestellten nimmt sich natürlich der Sache des jungen Mädchens an. Herr Ehrecke wird gezwungen werden, diesem sein Recht werden zu lassen, das brandmarkende Zeugnis zu ändern. Die Lehre wird hoffentlich allen Mädchen zugute kommen, denen das zweifelhafte Glück zuteil wird, in dem Dienst der Familie zu stehen. Wie freudvoll das „patriarchalische Verhältnis“ in dem Hause sein muß, beleuchtet noch eine Tatsache. Im letzten Jahre hatten fünf Köchinnen Gelegenheit, es kennen zu lernen. Was die junge M. erfahren hat, erweist ebenso klar die Notwendigkeit des Zusammenschlusses der Dienenden wie der Beseitigung der mittelalterlichen Gefindeordnung mit ihrem Drum und Dran, zu dem auch das Dienstbuch gehört.

—
Eine noble Gnädige. In Breslau hatte die Frau des Bibliotheksekretärs Schönfeld ihre fünfzehn Jahre alte Hausflavin in ordentlichem Stiefelpunze dadurch unterrichtet, daß sie ihr ein Paar angeblich nicht blank gepuzte Samaschen ins Gesicht schlug und sie dadurch nicht unerheblich unter dem Auge verletzte. Wegen Körperverletzung war sie zuerst zu 100 M. Geldstrafe verurteilt worden, die aber die „einsichtsvolle“ Berufungsinstanz auf 30 M. herabsetzte. Trotz dieser milden Strafe gab sich die noble Frau Sekretär nicht zufrieden. Sie hielt es für gut, eine gegen sie als Zeugin aufgetretene Hausbewohnerin wegen Meineids zu denunzieren. Die Staatsanwaltschaft überzeugte sich von der Falschheit der Beschuldigung und stellte das Verfahren ein. Die Gnädige besaß nun die Rechte, Beschwerde bei der Oberstaatsanwaltschaft zu führen. Da aber wurde der Spieß umgekehrt, gegen die Dame wurde Anklage wegen wesentlich falscher Anschuldigung erhoben, und Frau Schönfeld wird nunmehr als Verurteilte auf sechs Wochen ins Gefängnis wandern, wenn nicht ihr — Gnadengesuch hilft, das einzureichen ihr der Gerichtsvorsitzende anheimstellte. Ein von der Angeklagten kühn gestellter Antrag auf sofortige bedingte Begnadigung war vom Gericht mit Recht abgelehnt worden. Der Fall Schönfeld ist eine treffliche Illustration der „erziehlichen“ Einflüsse, welche das Heim der „gebildeten“ Familien den „ungebildeten“ Dienstboten bietet. Welch herrlichen Eigenschaften können sich in einem halben Kinde entwickeln, das des Glückes teilhaftig wird, als Hausmädchen durch eine Frau Schönfeld „erzogen“ zu werden.

Kinderarbeit.

Koloniales Kinderesend. Ein Beitrag zur Kinderausbeutung in Deutsch-Ostafrika ist folgender Brief eines 5 1/2-jährigen Knaben aus Soga (Plantage Bremen), den wir den bürgerlichen „Bremer Nachrichten“ entnehmen:

„Ich heiße Abdallah V., der fünfte werde ich genannt, da außer mir noch vier Arbeiter, die Abdallah heißen, auf derselben Plantage arbeiten, und ich der kleinste von allen bin. Ich bin 5 1/2 Jahre alt, und wenn morgens kaum der Tag graut, dann gehe ich zu meinem Bana, wird in Suaheli Bwanba geschrieben, zur

Arbeit. Fast ist es um 5 Uhr noch dunkel, wenn alle Arbeiter auf der Sammelstelle versammelt sind, aber wenn uns unser Bana zur Arbeitsstelle gebracht, dann geht auch schon die Sonne auf, die hier sehr schnell aufgeht. Meistens müssen wir Kinder Unkraut auffuchen und wegtragen, welches die großen Arbeiter aushacken, oder Baumausschlag mit großen Messern abschlagen, und in letzter Zeit haben sich sehr viele kleine schwarze Käfer auf die jungen Gummibäume und Baumwolle gesetzt, die wir einsammeln müssen; neulich hatte ich von 40 Kindern die meisten, eine ganze Flasche voll, gesammelt, wofür mir die Bibi, Banas Frau, ein Stück Zucker gegeben hat. Arbeiten müssen wir von morgens früh bis nachmittags um 4 Uhr. Eine Frühstückspause und Mittagspause kennen wir nicht, auch esse ich nichts, wenn ich früh von Hause weggehe, nur Wasser gibt uns unser Bana während der Arbeitszeit, das wir sehr viel trinken, weil es hier sehr heiß ist. — Wenn 1/4 vor 4 Uhr die Glocke geschlagen wird, dann ist ein großes Freudengetöse, und wir versammeln uns alle wieder auf der Sammelstelle; hier erhält dann jeder große Arbeiter 1 1/2 Pfund Reis und jedes Kind ein Pfund. Dann gehe ich zu meiner Mama, die mir den Reis kocht, aber allein darf ich ihn nicht alle essen, ich muß meinen Geschwistern etwas abgeben. Jeder Arbeiter, wenn er zum erstenmal zur Arbeit geht, erhält eine Arbeitskarte, worauf dreißig Felder gezeichnet sind; diese Karte müssen wir jeden Morgen abgeben, und wenn wir sie abends zurückbekommen, ist eine Ziffer in ein Zelt getragen. Ist meine Karte ganz voll geschrieben, dann bekomme ich meinen Lohn, 4 M. Aber wenn die Karte halb voll ist, darf ich mir auch schon auf Vorschuß ein Hemd für 60 Pf. und ein Hüftentuch für 60 Pf. kaufen, das ich dann Sonntags trage. Wenn ich zur Arbeit gehe, trage ich nur ein altes Hüftentuch, eine Mühe habe ich nicht. — Habe ich meinen Lohn erhalten, dann erlaubt mir meine Mama, daß ich 14 Tage nicht zur Arbeit gehe und hummle ich dann mit anderen Kindern im Urwald. Zur Schule kann ich nicht gehen, weil hier keine ist, aber bis dreißig kann ich schon zählen. Bin ich auch nicht so klug und so fein wie die Kinder in Deutschland, so verdiene ich doch so viel, daß meine Geschwister und ich zu essen haben. Abdallah V.“

Sind es nicht wahrhaft idyllische Zustände, die uns Klein Abdallah schildert?! Kann es einen reizenderen, herzerquickenderen Anblick für ein — Agrarierauge geben, als dieses Heer kleiner Abdallahs, das sich bei 11 1/2 stündiger ununterbrochener Arbeit mit einem durchschnittlichen Stundenlohn von 1 1/2 Pf. begnügt? Von Zeit zu Zeit nur seht eines dieser kleinen bescheidenen Kinderchen einen Schluck kalten Wassers an die durstigen Lippen, und jubelnd nimmt die ganze Schar nach Arbeitschluß je ein paar Hände Reis in Empfang. Eine Schule gibt es selbstredend für die kleinen Arbeitsflaven nicht — wozu auch? Wenn sie an Kaisers Geburtstag oder anderen für sie so „hochwichtigen Tagen“ nur recht kräftig Hurra schreien! So und nicht anders wird nach Deutsch-Ostafrika „europäische Kultur“ verpflanzt. So und nicht anders hausen deutsche Blutsauger, deutsche Agrarier und Unternehmer in Ostafrika! Wer wird ihrem schamlosen Treiben Einhalt gebieten? Etwa die Armee bürgerlicher Gelehrten, Rechtsanwälte und Journalisten — die im Solde des Kapitals sich um des Preissims zersetzte Fahne schart? Nicht die Spur. Denn auf der tolen Jagd nach Karriere und Auszeichnungen ist diesen „aufgeklärten“ Männern, diesen Trägern kapitalistischen Rechtes und kapitalistischer Kultur jedes menschliche Gefühl längst abhanden gekommen. So tief ist die „liberale“ Presse gesunken, daß sie es wagt, Klein Abdallahs Brief, dies Dokument kapitalistischer Schmach, abzudrucken, ohne ein Wort der Empörung und des Protestes hinzuzufügen! Es bleibt der Sozialdemokratie vorbehalten, auch Klein Abdallahs Brief aufzuheben, um ihn als Waffe zu benutzen im Kampfe gegen das Kapital und einen seiner schauerlichsten Auswüchse — die Kolonialpolitik.

Kellnerinnenfrage.

Nicht Verbot des Kellnerinnenberufs, Schutz der Kellnerinnen gegen Ausbeutung. „Es gibt keine Lösung der Frage des Kellnerinnenberufes, als seine Auflösung. Und ich möchte mit den Worten eines Mannes schließen, der mir schrieb: Das Verbot der weiblichen Bedienung müssen Sie erreichen, Millionen Deutsche, Frauen und Männer, werden Ihren Namen segnen.“ So schließt Frau Kamilla Zellinek eine Broschüre, die kürzlich als Heft 221 der Sammlung „Sozialer Fortschritt“ bei Dietrich in Leipzig erschienen ist, und in der die Verfasserin in nachdrücklicher Weise die gänzliche Entfernung der Kellnerinnen aus dem Wirtsgewerbe fordert. Die gleiche Forderung erhob Frau Zellinek auf dem

jüngst stattgefundenen sechsten bayerischen Frauentag zu München. Frau Zellinel hatte in Heidelberg ein Kellnerinnenheim errichtet, nachdem schon vorher in Stuttgart durch die Initiative der Großhändlersgattin und bürgerlichen Philanthropin Frau Ottilie Duvernoy eine solche Anstalt ins Leben gerufen worden war. Diese Kellnerinnenheime haben Fiasko gemacht. Während Frau Duvernoy (sie ist Herausgeberin der Zeitschrift „Die deutsche Kellnerin“) trotz dieses Mißerfolgs noch eine Hebung des Kellnerinnenstandes für möglich hält, ist Frau Zellinel pessimistisch geworden und erwartet das Heil, wie schon oben gesagt, nur in der Beseitigung des Kellnerinnenberufes.

Die Heidelberger bürgerliche Frauenrechtlerin geht von der Ansicht aus, daß die Kellnerinnen samt und sonders der Prostitution verfallen, daß sie die Verführerinnen der Studenten und vieler braver Ehemänner sind, und daß sie auf diese Weise dazu tun, das deutsche Familienleben zu zerstören. Frau Zellinel hat ohne Zweifel dazu beigetragen, daß die große Öffentlichkeit, daß ganz besonders die bürgerlichen Kreise, neuerlich auf das Kellnerinnenelend hingewiesen worden sind. Wir sagen neuerlich, weil lange vor den Damen Zellinel und Duvernoy Vorläufer der zielbewußten Arbeiterklasse, vor allem Genossinnen in Berlin, — so Genossin Jhrer und andere — und die gewerkschaftlich organisierten Gastwirtsgehilfen der Frage des Kellnerinnenelends ihre Aufmerksamkeit zugewendet haben; weil auch seit langem schon ernste bürgerliche Sozialreformer ihr nähergetreten sind. Es sei an die weit zurückreichenden Versuche zur gewerkschaftlichen Organisierung der Kellnerinnen in Berlin erinnert, an die spätere planmäßige Arbeit dazu durch den Verband der Gastwirtsgehilfen, die besonders von München ausging und dank der rührigen Tätigkeit der Genossin Niedermeyer nicht erfolglos blieb. Auch die Broschüre Karl Schneidts über das Kellnerinnenelend verdient nicht vergessen zu werden, sowie die Tagung bürgerlicher Sozialreformer zu München, die sich eingehend mit der Materie befaßte. Um auf Frau Zellinel zurückzukommen: die Schlussfolgerungen, die sie aus ihren Erfahrungen und Untersuchungen zieht, sind sehr ansehnlich. Es geht ihr wie so vielen bürgerlichen Frauen, die nach kurzer Beschäftigung mit einer ernsten Frage zu einer recht einseitigen Auffassung davon kommen und nicht lechnen, sie in allen ihren Zusammenhängen zu begreifen.

Gegen die Auffassung von Frau Zellinel haben am 2. Juni die Münchener Kellnerinnen energisch protestiert. Insbesondere wehrten sie sich gegen die Behauptung, daß die große Masse der Kellnerinnen samt und sonders der Prostitution verfallen sei. Die etwa 250 bis 300 Nürnberger Kellnerinnen scheinen für die Frage weniger Interesse zu haben, als ihre Kolleginnen in München. Am 9. Juni fand im „Historischen Hof“ eine öffentliche Kellnerinnenversammlung statt, in der, wie in München, Genossin Grünberg, referierte und in der ebenfalls gegen die Bestrebungen der Frau Zellinel protestiert werden sollte. Die Versammlung war nur mäßig besucht.

Genossin Grünberg wandte sich zunächst gegen die Auffassung, daß alle Kellnerinnen prostituierte seien. Prostituierte gebe es auch im Handelsgewerbe und unter den Fabrikarbeiterinnen. Die Not zwingt auch viele von ihnen, zeitweilig im Lafter das Brot zu suchen oder ständig einen Nebenerwerb. Der Beruf müsse dann lediglich als Deckmantel des Dirnengewerbes dienen. Nicht angeborene Lasterhaftigkeit sei die Ursache davon, sondern die kapitalistische Ausbeutung der proletarischen, besonders aber der weiblichen Arbeitskraft und ihre Begleiterscheinungen: Hungerlöhne, Wohnungselend, sittliche Verwahrlosung von Kind auf usw. Die Anklage, die Kellnerinnen verführten die guten bürgerlichen Ehemänner, beweise nur die Verrottung der bürgerlichen Gesellschaft; vielfach sei die Ehe der Besitzenden nichts anderes als eine Prostitution. Mehr angebracht als die Entrüstung über die moralischen Qualitäten der Kellnerinnen sei das Vorgehen gegen Wirte, Cafetiers und Hoteliers, welche Kellnerinnen schamlos ausbeuten und mittelbar oder brutal unmittelbar auf die Prostitution verweisen. Ein großer Teil dieser Leute lasse sich von den Kellnerinnen förmlich ernähren. Vielfach bekommen diese nicht nur keinen Lohn, sondern sie müssen den Hoteliers und Cafetiers noch bezahlen. Es muß Buchgeld entrichtet werden für Geschirr, das nicht etwa durch die Kellnerin, sondern durch andere Leute zerbrochen wurde. Zeitungen, Streichhölzer und Zahnstöcher muß häufig die Kellnerin beschaffen, oft muß diese auch noch Spülmädchen und Wassermädchen bezahlen. Die Zechpreller seien in „besseren“ Gasthäusern häufiger als man denkt. Das Risiko in dieser Richtung trägt aber nicht der Wirt, sondern die Kellnerin. Auf Geheiß vieler Wirte muß sie dem Stammgast Kredit gewähren; wird nicht bezahlt, so trägt sie den Schaden. Kassiererinnen erhalten einen Monatslohn von 50 bis 60 Mk., davon müssen sie ihre hochlegante Kleidung bestreiten. Aber nicht nur die Wirte beuten die Kellnerinnen scham-

los aus, sondern auch die Stellenvermittler. Diese stecken oft unter einer Decke mit jenen. 5, 10 bis 15 Mk. haben Kellnerinnen für Vermittlung einer Stellung zu bezahlen. Dabei müssen sie riskieren, daß der Wirt schon am ersten Tag einen Streit provoziert und sie entläßt. Das Geld an den Stellenvermittler wurde umsonst gezahlt, und dieser legt wieder ein anderes Mädchen herein. Es gibt auch Stellenvermittler, die sich von Kellnerinnen ihre Zech bezahlen lassen. Die Unsitte der Trinkgelder zwingt die Kellnerin, vor den Gästen recht demütig zu sein und sich gefällig zu erweisen. Die überlange Arbeitszeit, der Aufenthalt in rauchgeschwängelter Luft, die mit Alkoholdämpfen erfüllt ist, reißt die Gesundheit der Kellnerin frühzeitig auf. Genossin Grünberg wies das überzeugend nach und begründete dann die Forderungen, welche im Interesse der Kellnerinnen vertreten werden müssen. Sie sind aus der nachstehenden Resolution zu ersehen, welche die Zustimmung der Versammelten fand:

„Die am 9. Juni tagende öffentliche Kellnerinnenversammlung erklärt, daß die von Frau Zellinel aus Heidelberg aufgestellten Forderungen auf gänzliche Beseitigung des Kellnerinnenberufes hinfällig sind. Die Versammelten sind überzeugt, daß die Mißstände im Kellnerinnenberuf nur durch eine starke Organisation beseitigt werden können, und verpflichten sich, mit dem Verband Deutscher Gastwirtsgehilfen für nachstehende Forderungen einzutreten:

1. Abschaffung der Trinkgelberentlohnung, dafür Einführung eines Minimallohnes von 4 Mk. ohne Beköstigung, 3 Mk. mit Beköstigung im Tag.
2. Die Arbeitszeit soll mit den entsprechenden Zwischenpausen nicht länger als 15 Stunden pro Tag betragen.
3. Nach jedem 15stündigen Arbeitstag muß eine ununterbrochene Ruhepause von 9 Stunden eintreten.
4. Jede Woche muß ein Feiertag gewährt werden.
5. Abschaffung jeder Stellenvermittlung gegen Entlohnung, dafür die Errichtung eigener Stellennachweise durch die Organisation oder Angliederung entsprechender Abteilungen an städtische paritätische Arbeitsnachweise.“

In der Diskussion wurde von einigen Kellnerinnen hervorgehoben, daß in Nürnberg viele Wirte Kellnerinnen nicht beschäftigen, die der Organisation angehören. Es ist zu erwarten, daß die Nürnberger Kellnerinnen den ihnen von bürgerlicher Seite gemachten Vorwurf damit beantworten, daß sie sich dem Verband der Gastwirtsgehilfen anschließen, um mittelst seiner für die Hebung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lage zu kämpfen. +

Frauenbewegung.

Die elfte Generalversammlung des Vereins Frauenbildung — Frauenstudium fand Ende Mai in Bonn statt. Die Organisation dient vor allem dem Kampf der bürgerlichen Frauen um höhere Bildung als Vorbedingung für höhere Berufstätigkeit. Sie hat in dieser Beziehung manch Anerkennenswertes geleistet. Auch die letzte Generalversammlung verhandelte über zwei Fragen, welche prinzipiell im Interesse der Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts liegen, solange aber die kapitalistische Klassengesellschaft besteht, praktisch nur für die besitzende Frauenwelt von Bedeutung sind. Sie sprach sich für eine durchgreifende Reform des höheren Mädchenschulwesens in Preußen aus, des weiteren für die Zulassung der seminaristisch gebildeten Lehrerinnen zum Studium und zum Oberlehrerinnenezamen.

Recht interessante Streiflichter auf die Gesellschaftsschichten, die sich die „besseren“ dünken, warf der Bericht über die Koloniale Frauenschule, welche der Verein in Wixenhausen bei Kassel unterhält. Der Vater dieses Unternehmens ist der Imperialismus, der kapitalistische Weltmachtskoller, der die besitzenden und ausbeutenden Klassen in Deutschland ergriffen hat. Seine Mutter ist die mit der kapitalistischen Entwicklung steigende Schwierigkeit für bürgerliche Mädchen, rechtzeitig durch die Ehe eine „standesgemäße“ Versorgung zu erhalten. Natürlich ist das Kind reichlich mit patriotisch-idealistischem Taufwasser besprengt worden. Die Schule soll dem Zweck dienen, deutsche Frauen mit den Kenntnissen und Fähigkeiten auszurüsten, daß sie als Bahnbrecherinnen und Trägerinnen vaterländischer Kultur nach Afrika und sonstwohin ziehen können, wo die Leis, Peters usw. durch Prügelein und Hängen den Boden dafür vorbereiten. Aber alles Taufwasser ist außerstande gewesen, die Züge der Elternschaft abzuwaschen. Und so mußte die Berichterstatterin, Frau von Loeb-Weimar, mit Betrübnis gestehen, daß die Schule meist als bequemes Heiratsbureau betrachtet werde.

Die Generalversammlung wendete noch der Förderung des Fortbildungsschulwesens für Mädchen ihre Aufmerksamkeit zu. Nach einem Vortrag von Frl. Gadesmann-Dortmund stimmte sie Leitfäden zu, die in der Forderung gipfeln, den Fortbildungsunterricht für junge Mädchen durch ein Reichsgesetz zu regeln, das dreijährigen Pflichtbesuch und mindestens sechs Unterrichtsstunden in der Woche festlegt. Der Unterricht sei zu gliedern: in eine kaufmännische Schule für Kontor- und Ladenangestellte; in eine handwerkliche Schule für qualifizierte Berufsarbeiterinnen; in eine gewerbliche und hauswirtschaftliche Schule für gelernte Teilarbeiterinnen; in eine hauswirtschaftliche Schule für alle berufslosen Mädchen, ungelernen Arbeiterinnen und Dienstmädchen. Für die Handlungsgehilfinnen und Handwerkerinnen sollen außerdem besondere Kurse zur Vorbereitung auf die Ehe eingerichtet werden, mit Unterricht im Kochen und in der Hygiene. In dem Lehrplan sämtlicher Schulen habe an Stelle des Handarbeits- Haushaltungsunterrichts zu treten.

Für die Mädchen der arbeitenden Massen ist gewiß eine einheitliche Regelung und die gründliche Reform des Fortbildungsunterrichts von großer Bedeutung, eine Reform, die sowohl ihre berufliche wie hausmütterliche und allgemeine Ausbildung fördern würde. Allein sie ist nicht — wie es nach den gesprochenen und geschriebenen Meinungen bürgerlicher Damen scheinen könnte — das A und O zur Hebung der Lage der erwerbstätigen Frauen und der ausgebeuteten Hand- und Kopfsarbeiterschaft im allgemeinen. Ohne bedeutende Verkürzung der regelmäßigen täglichen Arbeitszeit für die jugendlichen Arbeiterinnen bleibt auch ein guter Fortbildungsunterricht zum größten Teil fruchtlos. Die beste berufliche Ausbildung allein schützt die Lohnarbeiterin in Fabrik oder Kontor noch lange nicht vor Hungerlöhnen. Das proletarische Wohnungselend in Verbindung mit niedrigem Einkommen und Mangel an Zeit mindert auch der gut geschulten Hausmutter die Möglichkeit, ein trauliches Heim zu gestalten, nahrhaft und schmackhaft zu kochen. So stellt sich das Streben nach einem wirklich guten Fortbildungsunterricht für die Töchter des Volkes nur als ein Teil des Kampfes dar, den das Proletariat in seinen gewerkschaftlichen und politischen Organisationen gegen die kapitalistische Ausbeutung und ihren Staat führt.

E. P.

Verschiedenes.

Die Beteiligung der Frauen an der bedingten Begnadigung. Seit etwas länger als einem Jahrzehnt wird in Deutschland gewissen Verurteilten bedingter Strafausschub gewährt, in der Hauptsache aber nur Jugendlichen, das heißt solchen Verurteilten, die zur Zeit der strafbaren Handlung, wegen der sie von dem Strafrichter verurteilt wurden, noch nicht 18 Jahre alt waren. Die vorläufige Aussetzung der Strafvollstreckung wird gewöhnlich weiter davon abhängig gemacht, daß der Verurteilte noch keine Strafe verbüßt hat. Die Einführung des bedingten Strafausschubs, der mit Rücksicht auf seinen Zweck auch häufig als bedingte Begnadigung bezeichnet wird, entspringt zwei Erwägungen. Nämlich der Erkenntnis, daß strafbare Handlungen vielfach ein Ausfluß wirtschaftlicher und sozialer Verhältnisse sind, und der Erfahrung, daß der Aufenthalt in Gefängnissen und Zuchthäusern nicht geeignet ist, antisoziale Eigenschaften zu korrigieren, sondern sie zu steigern, und zwar so stark zu steigern, daß mit ziemlicher Sicherheit vorhergesagt werden kann: wer einmal auf längere Zeit in Strafanstalten interniert war, ist unfähig, sich außerhalb der Strafanstalt zu behaupten. Durch den bedingten Strafausschub soll besonders Jugendlichen die Verührung mit dem Gefängnis erspart werden. Es wird ihnen nach der Verurteilung eine Frist gesetzt, nach deren Ablauf sie endgültig begnadigt werden, wenn ihre Führung gut war. Insgesamt ist seit 1895, dem Jahre der Einführung, der bedingte Strafausschub 165 680 Personen gewährt worden; davon entfallen auf das Jahr 1908 allein 28 004. Die Bewilligungen der bedingten Begnadigung haben sich in den letzten Jahren anhaltend vermehrt. Von der erheblichen Zunahme des Jahres 1908 entfällt der weitaus größte Teil auf Bayern und Württemberg, wo im Jahre 1907 neue Verordnungen über die Anwendung der bedingten Begnadigung erlassen worden sind.

Frauen wird die Vergünstigung des bedingten Strafausschubs verhältnismäßig häufiger zuteil als Männern. Während nach der Kriminalstatistik von den im Jahre 1906 Verurteilten nur 15,5 Prozent weiblichen Geschlechts waren, betrug 1908 der Anteil der Frauen am bedingten Strafausschub 7154 auf 28 004, was einen Prozentsatz von 26 ausmacht. Der Satz ist gegen 1907 um 1 Prozent und gegen 1906 um

8 Prozent gestiegen. Da die Statistik keine Angaben über die Straftaten enthält, in denen der bedingte Strafausschub vorzugsweise gewährt wird, so sind die Gründe für den größeren Anteil der Frauen an der bedingten Begnadigung nicht mit Sicherheit zu erkennen. Aus der Tatsache aber, daß die Reform nur (wenigstens in der Hauptsache) Personen unter 18 Jahren und solchen zugute kommt, die nicht schon eine Freiheitsstrafe verbüßt haben, ist doch wohl der Schluß zulässig, daß unter den verurteilten Frauen die jugendlichen und noch nicht bestraften überwiegen. Besonders hoch ist der Anteil des weiblichen Geschlechts an der bedingten Begnadigung in Sachsen mit 35 Prozent, während er in Württemberg mit 21 Prozent unter dem Durchschnitt bleibt. Die endgültige Begnadigung, die nach guter Führung während der Bewährungsfrist eintritt, erreichen verhältnismäßig ebenfalls Frauen häufiger als Männer, nämlich 87 Prozent Frauen und 81 Prozent Männer.

Bei den engen Grenzen, die dem bedingten Strafausschub und der bedingten Begnadigung durch die geltenden Grundsätze gezogen sind, kann von einer tiefgehenden Wirkung dieser Maßregeln auf die Kriminalität leider nicht gesprochen werden. Heiden.

Augen auf und Taschen zu, ihr Frauen! Schafe wollen geschoren sein! Von diesem erhabenen Standpunkt gehen anscheinend die bestehenden Klassen bei Verteilung der Steuerlasten aus. Wie aus einem unerschöpflichen Füllhorn ergießt sich ein Segen neuer Steuerprojekte, denen allen eigentümlich ist, daß sie die Kasse des Reiches auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung flott machen sollen. Zu dem Schaden, den sie stiften möchten, fügen aber die Steuerräuber noch den Spott. Ist es nicht etwa die offenbarte Verhöhnung der arbeitenden und darbenenden Massen, wenn die agrarische „Deutsche Tageszeitung“ sich erschreckt, die Zündholzsteuer folgenbermaßen zu verteidigen: „Die Zündhölzer sind in Deutschland außerordentlich wohlfeil. Deswegen werden sie in nicht unbedenklicher Weise verschwendet. Es ist bekannt und braucht nicht eingehend erörtert zu werden, daß die Verschwendung, die damit getrieben wird, nicht selten schlimme Brände verursacht hat. Werden die Zündhölzchen etwas teurer, so wird man sie pfleglicher behandeln, und das würde eine wohlthätige Nebenfolge der Steuer sein.“ Es gehört die ganze Unerfrorenheit der Agrarier dazu, die ihnen in Fleisch und Blut übergegangene Verachtung und Geringschätzung der Ausgebeuteten, daß dieselben die Verteuerung eines unentbehrlichen Gebrauchsartikels auf diese Weise plausibel gemacht werden soll. In der Ara des Steuerraubzugs wetzeln übrigens fast alle bürgerlichen Parteien an Zynismus mit den Leuten der „Deutschen Tageszeitung“. Allen voran das Zentrum. In der Reichsfinanzkommission wurde geltend gemacht, daß die Erhöhung des Kaffeepolls die Arbeiter und kleinen Leute schwer treffen würde. Ein Zentrumsmann war es, der darauf die empörende Antwort gab, daß diese ja — obnein wenig Kaffeebohnen verbrauchen. Frauen der werktätigen Massen, merkt euch diese und ähnliche Worte! Sie sagen euch laut und deutlich, daß die bürgerlichen Parteien kein Verständnis für eure Interessen, kein Gefühl für eure Leiden haben. Nur als eine steuerpflichtige Herde betrachten sie euch und die Euren. Sorgt dafür, daß die Herren und die Ordnung der Unordnung, die sie vertreten, die Abrechnung dafür erhalten, und das gründlich! ed.

„Die Jugendgeschichte einer Arbeiterin“ betreffend bemängelten wir in Nr. 17, daß der Verlag Vorwärts es abgelehnt habe, das Büchlein herauszugeben. Die Mitteilung war uns von vertrauenswürdigster Seite geworden. Wir haben uns jedoch seither überzeugt, daß die Entscheidung unseres Berliner Parteiverlags durch bedauerliche Missverständnisse bei den eingeleiteten Verhandlungen veranlaßt worden ist. Sie hatten zur Folge, daß ihm das Manuskript nicht erst zur Prüfung zuging, so daß ihm die Möglichkeit fehlte, ein Urteil über den Wert der „Jugendgeschichte“ zu gewinnen. Indem wir dies feststellen, benutzen wir die Gelegenheit zu einem neuerlichen Hinweis auf die inhaltsreiche Schrift, dem wir eine sehr erfreuliche Mitteilung hinzufügen können. Der Verlag Reinhardt, München, bei dem die „Jugendgeschichte“ erschienen ist, hat sich in dankenswerter Weise bereit erklärt, Gewerkschaften und Genossinnen beim Bezug einer größeren Anzahl Exemplare das Büchlein broschiert für den halben Preis zu liefern, also für nur 50 Pf. Wir hoffen, daß insbesondere unsere Leserinnen für die weiteste Verbreitung der „Jugendgeschichte“ unserer verdienten Genossin Popp sorgen.

Die Redaktion der „Gleichheit“.

Verantwortlich für die Redaktion: Frau Clara Zetkin (Zundel), Wilhelmshöhe, Post Degerloch bei Stuttgart.
Druck und Verlag von Paul Singer in Stuttgart.